

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Posen bei
Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Gräg b. Hrn. L. Streljand;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel:
Gausaufstein & Vogler.

Posener Zeitung.

Dreißigste Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen:
Kunholz & Co.;
in Berlin:
A. Kretzmer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Sachse & Co.;
in Breslau: R. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
S. L. Danne & Co.

N. 65.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-
teljährlich für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Die Einnahme er-
nehmen alle Postämter des In- u. Auslandes an.

Freitag, 18. März

Inserate 1/2 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder
deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher.
Sind an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Am 17. März. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht:
reisgerichteter Direktor v. Beugheim in Nowied zum Direktor des
Justiz-Senats in Ehrenbreitstein mit dem Amtskarakter als Präsident; den
Regens des Diöcesan-Prälaten-Seminars zu Bamberg, Dr. theol. Sipler,
unter Vlassung in diesen Amt zum ordentlichen Professor in der theologischen
Fakultät des Lycei Hosiani daselbst; sowie den bisherigen Landrath
des Kreises Nimpfisch, v. Salderu zum Landrath des Kreises Ruppia,
Reg.-Bez. Potsdam, zu ernennen; ferner dem zum Direktor der Thierarznei-
schule in Berlin berufenen bisherigen Direktor der Thierarzneischule in Han-
nover, Medizinal-Rath und Professor Gerlach, den Charakter als Geh.
Medizinal-Rath, und dem bisherigen Veterinär-Assessor bei dem Medizinal-
Kollegium der Provinz Brandenburg, Professor Dr. Hertwig hier, den
Charakter als Medizinal-Rath zu verleihen, sowie den bisherigen Hauptlehrer
und Inspektor der Thierarzneischule in Hannover, Professor Günther,
zum Direktor dieser Anstalt zu ernennen.

Das Urheberrecht und die Schutzpflicht des Staates.

Wir wollen, so bequem dies auch wäre, uns der Pflicht
nicht entziehen, an der Diskussion dieser Frage Theil zu nehmen;
und wir werden unsere Untersuchung möglichst sachlich halten,
so sehr auch die Gedankenlosigkeit, die Leidenschaftlichkeit oder
Frustration, mit welcher über diesen Gegenstand Ansichten ausge-
sprochen und vertheidigt worden, uns reizen könnte, eine Polemik
gegen gewisse Personen zu eröffnen.

Hat nun der Urheber ein Recht an seinem schon veröffent-
lichten Werke und eventuell welches?

Lassen wir vor Allem die Vorstellung von dem geistigen
(oder — wie Andere wollen — literarischen) beziehentlich künst-
lerischen) Eigentum fahren, denn es wird damit ja gar nichts
erreicht. Freilich könnte man beweisen, daß das Recht des Au-
tors an seinem Produkt ein Eigentumsrecht sei, so hätte man
dargethan, daß der Gegenstand dieses Rechts von dem Berech-
tigten zerstört, delinquent, veräußert, verpachtet, vererbt werden
kann; man hätte, wie Nichtjuristen sich ausdrücken, nachgewiesen,
daß dies Recht ewig währen muß, wohlgernekt so lange der Ur-
heber oder (ein im Wege des Kaufs, der Schenkung oder Verer-
bung berechtigter) Sukzessor vorhanden, es sei denn,
daß dieser durch Expropriation oder Verjährung das Recht ver-
loren hat.

Bis jetzt haben wir noch keinen Befechter des „geistigen
Eigentums“ gefunden, welcher diese Konsequenzen des Eigen-
thums dem Recht des Urhebers an seinem Werk zugeschieben wollte;
selbst die „Kölische Ztg.“, welche mit so viel Geist und Wärme
für diese Vorstellung eintritt, meint: „Man kann das geistige
Eigentum nicht mit dem materiellen (besser würde sie sagen:
körperlichen) auf gleiche Stufe stellen und dessen Ewigkeit ver-
langen.“ Wir hätten also ein Eigentum, das in gewisser
Beziehung nicht Eigentum wäre, ein geistiges Eigentum,
für das man besondere Regeln aufstellen müßte! Wozu also,
wenn man sich scheut, alle Konsequenzen mit aufzunehmen, den
mühsamen Versuch wagen, das Urheberrecht als Eigentum hin-
zustellen; wozu, wenn man dabei nichts gewinnt als den Wider-
spruch der zünftigen Juristen, welche, wenn sie die Vorstellung
von einem geistigen Eigentum als unbegründet nachgewiesen
haben, nur zu geneigt sind, das ganze Urheberrecht als auf einer
falschen Vorstellung beruhend anzusehen.

Gefahren wir also zu, das Urheberrecht ist ein ganz eigen-
geartetes Rechtsinstitut, an dessen Ausbildung oder auch nur An-
erkennung weder das Alterthum noch das Mittelalter gedacht hat,
— aus dem einfachen Grunde, weil das eine und das andere
die Buchdruckerkunst und den buchhändlerischen Betrieb unserer
Zeit nicht kannten. Einen gewissen Schutz gegen die Nachah-
mung gab es trotzdem schon in der Blüthezeit der mittelhoch-
deutschen Poesie; denn — Hr. Pfeiffer's geistvolle Untersuchungen
über die Entstehung des Nibelungenliedes haben uns dies erst
kürzlich wieder in Erinnerung gebracht — es galt für unehren-
haft, sich einer von einem andern Dichter erfundenen Weise zu
bedienen, der „Lönedieb“ war geachtet. Ja, schon im griechischen
Alterthum bediente sich fast jeder Poet seiner eigenen Strophe.
Ein solch' feines Gefühl der Achtung für fremde Erfindung ist
uns längst abhanden gekommen. Form und Inhalt eines Wer-
kes sind eigentlich, wie die Manchestermänner behaupten, Erzeug-
nisse der Zeit oder der Nation und der Autor eigentlich nichts
anderes als — wie uns eine geistreiche Schriftstellerin mit tref-
fender Ironie bemerkte — die Filtrirmaschine, durch welche das
Volk sein Produkt gnädigst durchgetrieben hat.

Das Urheberrecht, dessen Ausbildung durch den buchhändler-
ischen Betrieb und die Leichtigkeit, geistige Produkte mechanisch
zu vervielfältigen, geboten ist, beruht auf einer Grundlage, die
zum Theil dispositiver (formell rechtlicher), zum Theil wirth-
schaftlicher Natur ist. Dies zeigt die Genesis eines jeden
Werkes.

Der Schriftsteller übergibt dem Buchhändler, welcher da-
mit der Mandatar des Autors wird, sein Produkt, damit er es,
mechanisch vervielfältigt, auf den Markt bringe. Das ist ein
Privatvertrag, und wir sehen in der That nicht ein, daß dadurch
das Publikum andere als die Rechte gewinnen sollte, die Waare
zu kaufen und sich daran zu erfreuen oder auch — je nach dem
— zu ärgern. Ist die Waare vertrieben, so muß es dem Autor,
wenn er sich nicht etwa vorher durch Privatvertrag dieser Ver-
pflichtung begeben hat, frei stehen, zu bestimmen, ob er eine noch-
malige Veröffentlichung wünscht oder nicht, ob er sie in dieser

oder einer andern Form wünscht, ob er sein Werk verändern
will oder nicht. Mit einem Worte, er muß Herr seines Pro-
dukts bleiben, muß die ausschließliche Disposition darüber behal-
ten können, — ein Recht, das wir freilich weder seinen Erben
noch sonstigen Sukzessoren zugeschieben möchten; während dies
selbstverständlich wäre, wenn man nachweisen könnte, daß das
Urheberrecht Eigentum sei. Wir meinen, die geistigen Werke,
welche veröffentlicht worden sind, stehen gleich dem gemeinnützigen
Anlagen „unter dem Schutze des Publikums“.

Das wirtschaftlich-rechtliche Moment liegt in dem
Worte begründet: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. Wir
halten weder von der Nationalbelohnung etwas noch von der
Mäcenatengunst, denn die eine wird meist von einer Clique an
ihre Leute vertheilt, die andere dem selbstständigen Manne oder
gar nur dem Schmeichler zu Theil werden. Warum soll der
Autor nicht, wie jeder andere Mensch, von seiner Arbeit leben?

Am einfachsten wäre es nun freilich, der Verleger zahle
eine so hohe Summe für das Werk, daß Arbeit und Unkosten
hinlänglich gedeckt würden und der Autor einen angemessenen
Gewinn behielte. Das ist aber auf der Stufe, welche gegen-
wärtig der buchhändlerische Betrieb einnimmt, im Allgemeinen
absolut unmöglich. Der Verleger kann selten mit voller Be-
stimmtheit vorhersehen, wie das Werk aufgenommen werden
wird, und zahlt deshalb einen Preis, welcher mit dem an das
Werk gewandten Kapital von Zeit, Mühe und Geld in keinem
Verhältniß steht, so daß die Unkosten sich oft erst bei der zweiten
oder dritten Auflage decken, der Gewinn vielleicht noch später
kommt, wenn der Autor unterdeß einen Namen erlangt hat
oder — gestorben ist. Denn die lebenden Geisteshelden pflegt
man in Deutschland nicht gern zu feiern.

Nun sagt zwar Hr. Prince Smith, der kein Buchhändler
ist, daß der Verleger, welcher ein Werk innerhalb fünf Jahren
nicht exploitirt hat, ungeschickt sei, in dessen wir müssen die Buch-
händler nehmen wie sie sind, nicht wie Hr. Smith sie träumt.

Was folgt nun daraus? Wenn die Werke der verdienten
Schriftsteller (um diese allein handelt es sich, die mittelmäßigen
Erzeugnisse werden nicht viel Auflagen erleben) sich so schwer
verkauft machen, so muß der Staat desto länger das Autorrecht
schützen und um so länger seine Witwe oder seine Kinder existiren.
Der Gedanke daran wird dem Autor sein Schaffen leichter machen,
er wird wissen, daß, wenn er seiner Familie einen Gewinn
gleichsam entzieht dadurch, daß er Studien macht und Geistes-
schätze sammelt, anstatt einen Gasthof anzulegen oder an der
Börse zu firen, doch die Seinigen die Früchte seiner Arbeit
genießen können. Und ist das nicht ein Recht des Dichters un-
Künstlers?

Der Gesetzesentwurf will die Schutzpflicht des Staates auf
30 Jahre nach dem Tode des Urhebers ausdehnen. Welches
Prinzip liegt dieser Forderung zu Grunde? Warum nicht auf
10 Jahre, wie Hr. Braun will, oder auf 100, womit die
Schriftsteller zufrieden wären? Wenn im Reichstage ein ganz
prinzipienloses Feilschen um Jahre entsteht, so sind die Mit-
arbeiter der Gesetzesvorlage selbst mit Schuld daran.

Die neue Geschäftsordnung des Konzils.

Der Artikel Döllingers in der „Allg. Ztg.“ über die neue
Geschäftsordnung des Konzils und ihre theologische Bedeutung
enthält einige sehr bemerkenswerthe Stellen. Die besagte Ge-
schäftsordnung, sagt Döllinger, ist völlig verschieden von allem,
was sonst auf Konzilien gebräuchlich war, und zugleich maßge-
bend und entscheidend für den ferneren Verlauf dieser Versamm-
lung und für die zahlreichen Dekrete, welche durch sie zu Stande
gebracht werden sollen. Die heutige römische Synode ist die
erste in der Geschichte der Kirche, in welcher den versammelten
Vätern ohne jede Theilnahme von ihrer Seite die Prozedur
vorgeschrieben worden ist. Auf die Petitionen der Bischöfe ist
in der neuen Einrichtung keine Rücksicht dabei genommen wor-
den. Zwei Züge treten darin vor Allem hervor. Einmal ist alle
Macht und aller Einfluß auf den Gang des Konzils in die
Hände der päpstlichen Legaten und der Deputationen gelegt,
so daß das Konzil selbst ihnen gegenüber machtlos und willenlos
erscheint. Sodann sollen die wichtigsten Fragen des Glaubens
und der Lehre durch einfache Mehrheit der Kopfzahl, durch Aus-
scheiden und Sitzableiben, entschieden werden. Alle Theologen
machen es aber zur Bedingung der Dekumentizität eines Kon-
zils, daß völlige Freiheit auf demselben herrsche: Freiheit des
Redens, Freiheit des Stimmens. Niemand, sagt Journel, darf
zurückgewiesen werden, der gehört werden will. Nicht bloß phy-
sischer Zwang würde die Beschlüsse eines Konzils kraftlos und
werthlos machen. Die Freiheit, diese Lebenslast eines wahren
Konzils, wird auch durch die gar mannigfaltigen Formen, in
denen moralischer Zwang eintritt, oder der Mensch sich willig
knechtet läßt (z. B. durch die verschiedenen Arten der Simonie),
zerstört und die Legitimität des Konzils dadurch aufgehoben.
Die bloße Thatsache einer wenn auch noch so zahlreichen bischöf-
lichen Versammlung ist also noch lange kein Beweis der wirk-
lichen Dekumentizität eines Konzils. Folgende Stellen heben
wir wörtlich hervor:

Die Kirche hat ein ihr von Anfang an übergebenes Depositem großen
bakter Lehre zu bewahren und zu verwalten. Sie empfängt keine neuen
Offenbarungen, und sie macht keine neuen Glaubensartikel. Und wie mit
der Kirche selbst, so ist es auch mit dem allgemeinen Konzil. Das Konzil
ist die Repräsentation, die Zusammenfassung der ganzen Kirche; die Bi-

schöfe auf demselben sind vor Allem Zeugen, sie sagen aus und konstatiren,
was sie und ihre Gemeinden als Glaubenslehre empfangen und bisher be-
kannt haben; sie sind aber auch Richter, nur daß ihre richterliche Gewalt
über den Glauben nicht über den Bereich ihres Zeugnenthums hinausgehen
darf, vielmehr durch dieses fortwährend bedingt und umschrieben ist. Als
Richter haben sie das Gesetz (die Glaubenslehre) nicht erst zu machen, son-
dern nur zu interpretiren und anzuwenden. Sie üben ihr Richteramt, er-
stens: indem sie die von ihnen abgelegten Zeugnisse unter einander prüfen
und vergleichen und deren Tragweite erwägen; zweitens, indem sie nach ge-
wissenhafter Prüfung: ob an einer Lehre die drei unentbehrlichen Bedin-
gungen der Universalität, der Perpetuität und des Konsensus (ubique, semper,
ab omnibus) zu treffen; ob also die Lehre als die allgemeine Lehre
der ganzen Kirche, als wirklicher Bestandtheil des göttlichen Depositums
Allen gezeigt und ihr Belenntniß jedem Christen auferlegt werden könne.
Da die Kirche keine neuen Offenbarungen empfängt, keine neuen Glaubens-
artikel macht, so kann und darf auch ein Konzil die Substanz des Glau-
bens nicht ändern, nichts davon wegzunehmen und nichts hinzuzufügen. Ein
Konzilium macht also dogmatische Dekrete nur über Dinge, welche schon in
der Kirche, als durch Schrift und Tradition bezeugt, allgemein geglaubt
wurden, oder welche als evidente und klare Folgerungen in den bereits ge-
glaubten und gelehrteten Grundsätzen enthalten sind. Wenn aber eine Mei-
nung Jahrhunderte lang stets als Widerspruch gestochen und mit allen theo-
logischen Waffen bestritten worden, also stets mindestens unsicher gewesen
ist, so kann sie nie, auch durch ein Konzilium nicht, zur Gewißheit, d. h.
zur Dignität einer göttlich geoffenbarten Lehre erhoben werden. Soll also
z. B. an die Stelle der früher geglaubten und gelehrteten Irrthumsfreiheit
der ganzen Kirche die Unfehlbarkeit eines Einzigen gesetzt werden, so ist das
keine Entwicklung, keine Explikation des vorher implizit Gebliebenen, keine
mit logischer Folgerichtigkeit sich ergebende Konsequenz, sondern einfach das
gerade Gegenteil der früheren Lehre, die damit auf den Kopf gestellt
würde. Gerade wie es im politischen Leben keine Fortbildung oder Ent-
wicklung, sondern einfach ein Umsturz, eine Revolution wäre, wenn ein bis-
her freies Gemeinwesen plötzlich unter das Joch eines abolut herrschenden
Monarchen gebracht würde. Die Zeit, in welcher ein ökumenisches Konzil
über den Glauben der Christen berät, ist also stets eine Zeit der lebhaftesten
Erweckung des religiösen Bewußtseins, eine Zeit der abzulegenden
Zeugnisse und der offenen Erklärungen für alle treuen Söhne der Kirche,
Geistliche wie Laien, gewesen. Man glaubte, wie die Geschichte der Kirche
beweist, allgemein, daß man gerade durch solche Kundgebungen dem Konzil
seine Aufgabe erleichtere, und nicht die Väter dadurch fördere oder hemme.
Zeugniß ablegen, Wünsche aussprechen, auf die Bedürfnisse der Kirche hin-
weisen kann und darf jeder, auch der Laie. Ganz besonders, wenn es sich
um die Einführung eines neuen Dogmas handelt, welches etwa, von einer
Seite her gefordert, dem Bewußtsein der Gläubigen fremd ist und ihnen
als eine Neuerung erscheint, dann ist der sich erhebende Protest der Laien
ein eben so gerechtes als notwendiger und unvermeidliches Zeugniß der
Anhänglichkeit an den ihnen überlieferten Glauben, und sie erfüllen damit
eine Pflicht gegen die Kirche.

Sollte sich zeigen, daß auf dem Konzil keineswegs die Ansicht der
ganzen katholischen Welt zusammengetragen worden, daß vielmehr Mehr-
heitsbeschlüsse gefaßt worden seien, welche mit dem Glauben eines beträch-
tlichen Theiles der Kirche im Widerspruch stehen, dann würden gewiß in der
katholischen Welt die Fragen aufgeworfen werden: Haben unsere Bischöfe
richtig Zeugniß gegeben von dem Glauben ihrer Diözesen? und wenn nicht,
sind sie wahrhaft frei gewesen? Oder wie kommt es, daß ihr Zeugniß nicht
beachtet worden ist? Daß sie majorisiert worden sind? Von den Antwor-
ten, die auf diese Fragen ertheilt werden, werden dann die ferneren Ereig-
nisse in der Kirche bedingt sein. Und darum ist auch in der ganzen Kirche
die vollste Publizität stets als zu einem Konzil gehörig gewahrt worden;
denn es liegt der gesammten christlichen Welt höchlich daran, nicht nur zu
wissen, daß etwas dort beschlossen, sondern auch zu wissen, wie es beschlos-
sen wird.

Deutschland.

△ Berlin, 17. März. Durch die Blätter gehen Mit-
theilungen über den projekirten Bau des Nordostseekanals,
welche nicht genau dem Sachverhalt entsprechen. Wenn u. A.
von Vorarbeiten für die Kanalanlage die Rede ist, so ist das
unrichtig, da diese schon seit langer Zeit beendigt sind. Was
gegenwärtig die leitenden Kreise beschäftigt, ist die Frage wegen
Aufbringung des erforderlichen Kapitals von 30 Mill. Thalern.
Vor Kurzem hat die Staatsregierung sich an die Kaufmann-
schaften der Ostseehäfen des Nordd. Bundes gewendet, um von
ihnen ein Gutachten über den Werth und die Bedeutung des
Kanals zu erhalten. Es ist nicht unmöglich, daß mit Hilfe
dieser Kaufmannschaften, deren Interesse durch den Kanal in
bedeutendem Maße gefördert werden würde, das Baukapital auf-
zubringen sein wird, wenn nicht die gesetzgebenden Faktoren des
Nordd. Bundes die Angelegenheit, die ja auch von nationaler
Bedeutung ist, zu der ihrigen machen sollten. Die eingangs er-
wähnten Nachrichten von Vorarbeiten dürften sich vielleicht auf
die Arbeiten eines Komites in Flensburg beziehen, welches be-
müht ist, das Regierungsprojekt zu beseitigen und den Kanal
über Flensburg zu leiten. — Auch der Minister des Innern
hat jetzt an die Provinzialbehörden die Weisung ergehen lassen,
daß bei Ausarbeitung von Bauprojekten und Kostenanschlägen
im Umfange seines Ressorts von jetzt ab das neue Metermaß
zu Grunde zu legen ist. — Bei einigen Eisenbahnen sind Ver-
suche angestellt, auch das weibliche Geschlecht im Beamten-
dienste zu verwenden. Da diese Versuche günstige Resultate
geliefert haben, so hat der Handelsminister sämmtlichen königl.
Eisenbahndirektionen und Kommissariaten die Erlaubniß ertheilt,
Frauen und Töchter der Stationsannahmer unter Verantwortlich-
keit ihrer dem Dienst vorstehenden Männer oder Väter zur Aushilfe
bei dem Billigverkauf heranzuziehen und ihnen eine entsprechende
Remuneration zuzuwenden. Ferner hat der Handelsminister in einer
Verfügung an die k. l. Eisenbahndirektionen und Kommissariate
den vielfach ausgesprochenen Wunsch Rechnung getragen, daß
die Beförderung von Schulkindern zum Zweck des Schul-
besuchs durch eine Ermäßigung der Fahrpreise erleich-
tert werde. Es sollen dieser Verfügung zufolge zu dem angege-
benen Zwecke Abonnementbillete zur täglich einmaligen Hin-
und Rückfahrt berechtigt und mindestens auf einen Monat
gültig, ausgegeben werden, bei denen eine Fahrpreisermäßigung

von 50 pCt. für den Tariffag der dritten Wagenklasse gewährt werden soll. Ueber den Erfolg dieser Einrichtung soll in Jahresfrist Bericht erstattet werden. — Der „Pester Lloyd“ enthielt in den letzten Wochen wiederholt Korrespondenzen, die sich durch besonders heftige Darstellung preuß. Verhältnisse auszeichneten. Dieselben rühren aus der Feder des in Wien lebenden, aus Preußen gekommenen Publizisten Rogge her. Auch „Pesti Naplo“ brachte in letzterer Zeit wiederholt derartige und man glaubt zu wissen, daß diese Expektorationen einen Beamten der wieners Staatskanzlei zum Verfasser haben. — Der Seperstrike in Pest ist, wie bekannt, zum Nachtheil der Arbeiter beendet; auch die sonstigen durch die große Theuerung veranlaßten Agitationen unter den Arbeitern haben sich jetzt verlaufen, nachdem einer der Hauptführer, Kaspa aus Preußen, von der Regierung über die Grenze geschickt worden ist. Der Umstand, daß derselbe große Furcht vor einer Auslieferung nach Preußen gezeigt hat, wird wenigstens bei der ungarischen Regierung den durch nichts gerechtfertigten Verdacht befestigt haben, der bei der Verhaftung des wieners Arbeiterführers Oberwinder zum Vorschein kam und nach welchem diese Wühler preußische Sendlinge sein sollten.

Berlin, 17. März. [Strafgesetzbuch. Konsolidierung der Bundesanleihe.] Die Meinungsverschiedenheit, welche sich heute zwischen der rechten und linken Seite über die Bestimmungen des Strafgesetzbuches wegen Landesverrath geltend machte, basirte darauf, daß die Rechte davon ausging, bei dem Verbrechen des Landesverraths hätten mildernde Umstände unter keiner Bedingung Platz zu greifen. Es führte dies zu einer recht lebhaften und interessanten Debatte. Bei der Abstimmung wurde der Telegraph fleißig in Bewegung gesetzt, um die in der Stadt befindlichen Abgeordneten, zu denen auch der preussische Kultusminister v. Müllers gehörte, herbeizuholen. Die Liberalen zeigten sich dabei säumiger als die Konservativen; die Abwesenheit der ersteren brachte die liberalen Anträge zu Falle, und nach ihrem Eintreffen erst gelang es, der milderen Anschauung, der Möglichkeit mildernder Umstände Geltend zu verschaffen. Da es sich thatsächlich immer nur um 3 oder 4 Stimmen handelt, so ist es für alle Parteien dringend notwendig, auf dem Plage zu sein und bis zum Schlusse auszuhalten! In den nächsten Tagen wird eine Bundesrathssitzung stattfinden und in derselben u. A. der Entwurf wegen Konsolidierung der Bundesanleihe nach Analogie des preussischen Gesetzes über die Tilgung der Staatsschulden vom 19. Dezember v. J. zur Verathung kommen. Der Rechnungsausschuß des Bundesrathes hat bereits seinen Bericht erstattet. Indem derselbe auf die Motive des Entwurfes und auf die bekannten theoretischen Bedenken gegen das Konsolidationssystem, sowie auf die andererseits gerühmten Vorzüge desselben hinweist, betont er, daß das Gewicht der Gründe und Gegengründe wesentlich unter dem Einflusse konkreter Verhältnisse stehe. Im Ausschusse war man der Meinung, daß ein Staat mit anerkannt günstiger Finanzlage des Verprechens einer festen Tilgung ohne Schaden für den Erfolg seiner Kreditoperationen sich entschlagen könne, während ein Staat, dessen Finanzzustände eines wohl begründeten Mochts, wenn er jenes Verprechen bei der Aufnahme eines neuen Anlehens den Kapitalisten nicht entgegenbringe. Deshalb erschien die Vorlage unbedenklich, denn es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Bundesfinanzlage als eine günstige beurtheilt werde. Es werde nach Meinung des Ausschusses, dem Bunde bei der neuen Maßregel voraussichtlich dasjenige Vertrauen entgegenkommen, welches die in Art. 70 der B.-V. ausgedrückte Verpflichtung der einzelnen Staaten zu subsidiärer antheiliger Uebertragung der Bundesausgaben und die sich hinaus ergebende gleiche Haftung für die Bundeschulden zu erwecken, um so gewisser geeignet ist, jemehr die Finanzlage der Mehrzahl der Bundesstaaten und besonders diejenige des größten derselben seit langer Zeit als eine wohlgeordnete anerkannt wird. Der Bericht betont unter Hervorhebung weiterer finanziellen Vortheile der Vorlage, wie dieselbe darüber keinen Zweifel lasse, daß es die Absicht sei, den Bund in den Stand zu setzen, die Schulden nur dann und insoweit zurückzahlen, als die finanzielle Lage es ihm erlaubt, daß also auch nicht vorgeschrieben werden solle, es müsse in den Bundeshaushalt eine, wenn auch noch so kleine Summe zur Schuldentilgung bestimmt werden, sondern daß die Entlastung hierüber ganz dem Ermessen der mit Ordnung der Bundesfinanzen betrauten Organe überlassen bleibe. Zur näheren Präzisierung dieses Gedankens schlägt der Ausschuss vor, neben sonstiger unveränderter Annahme des Entwurfes den § 3 desselben zu fassen: „Die Tilgung des Schuldkapitals erfolgt durch Ankauf einer entsprechenden Anzahl von Schuldverschreibungen, sofern im Bundeshaushalt Mittel dazu bestimmt werden.“ In dieser Fassung dürfte der Entwurf auch wohl an den Reichstag gelangen.

Berlin, 18. März. [Agitation in Württemberg zur Einführung einer Militärverfassung. Bevorstehende Komplettierung der Reserve- und Landwehr-Offizierskämme.] In der württembergischen Kammer hat gegenwärtig die Richtung der Zeit auf eine Umwandlung der bisherigen Heerwesen in eine Militärorganisation den ersten thatsächlichen Ausdruck gefunden. Der militärischen Sachlage dieses Landes ist dadurch ein gewisses Allgemeininteresse zugewachsen. Thatsächlich befindet sich nun Württemberg in militärischer Beziehung unter allen deutschen Staaten weitaus zum Günstigsten gestellt. Nach dem Kriegsdienst-Gesetz vom 12. März 1868 gilt gesetzlich die zweijährige Dienstzeit, welche sich jedoch durch die Einführung von regelmäßigen Winterurlauben faktisch auf 18 Monate reducirt findet. Die stehende Militärmacht soll 13,000 Mann betragen, beträgt jedoch noch nicht 12,000, wovon überdies in Folge der erwähnten Urlaube nur etwa 7 Monate des Jahres wenig über 10,000 präsent erhalten werden. Bei einer Bevölkerungszahl von 1,800,000 berechnet sich die stehende Militärmacht demnach auf noch nicht zwei Drittel Prozent. Den Ständen ist dazu für je eine Etatsperiode die Kontingentierung zuständig, und für den einjährigen Freiwilligendienst gelten ungefähr die gleichen ermäßigten Ansprüche, wie jetzt noch in den norddeutschen Bundesstaaten, welche indeß noch bedeutend milder, als dort gehandhabt werden. Alle die Ziele, welche in Norddeutschland für das norddeutsche Militärwesen von den liberalen Parteien erstrebt werden, finden sich in Württemberg demnach nicht nur bereits erreicht, sondern theilweise überschritten. Nachdem in der württembergischen Kammer von der hierzu vereinigten Volks- und Großdeutschen Partei eingebrachten Antrag wird um eine fernere Herabminderung der Präsenzzeit beansprucht, wie zugleich der Regierung die Erklärung abgegeben, das Militärbudget nicht mehr in der bisherigen Höhe bewilligen zu wollen. Die Annahme dieses Antrages kann dabei nach der Zahl der Unterzeichner nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Die Vorschläge zu der beanspruchten Herabminderung werden der Regierung zugewiesen. In dem Programm der Volkspartei sind indeß in der Forderung einer nur sechsmonatlichen Dienstzeit für die Infanterie, und der

von einem Jahre für die Kavallerie und Spezialwaffen, wie in dem Verlangen der Umgestaltung des jetzigen Wehrwesens in eine Militärverfassung, die eigentlich mit jenem Antrag erstrebte Ziele auf das Genaueste präzisirt. Erwähnung verdient dabei, daß wenn die beantragten Aenderungen den Bedingungen einer Militärverfassung nur unvollkommen entsprechen, das Recht der Kontingentierung schon mit der nächsten Etatsperiode der Kammer die Gelegenheit bieten würde, das hierin noch versäumte nachzuholen. Die ins Auge gefassten Ziele müssen demnach unbedingt so weit gestreckt, als nur irgend möglich erkannt werden. Gerade hierin jedoch dürfte die Schwäche der ganzen Bestrebung beruhen. Vor Allem indeß fehlt es dieser Agitation an einer durchdachten und sachgemäß gefassten Idee. Der bloße Hinweis auf die Einführung einer Militärverfassung genügt hierfür keinesfalls, denn das Militärsystem hat im letzten amerikanischen Bürgerkriege nicht entfernt der Bestimmung als Hauptwaffe zu entsprechen vermocht. Schon im zweiten Jahre jenes Krieges hat dasselbe durch das Verbsystem ersetzt werden müssen. Wohl hat hingegen das erste System sich als höchst wirksame bewährt, und ist mehr als einmal das siegreiche Vordringen der Südstaatlichen durch das Gesammtaufgebot der nächstwohnenden Milizen gehemmt und behindert worden. Es ist indeß nicht das kräftige sich an eine geworbene, stehende Armee anbahnende Militärsystem, wie in Amerika und England, das in Württemberg jetzt angestrebt wird, sondern das Schweizer-Militärsystem das jedes ähnlichen Falts entbehrt und bisher nur im Sonderbundsriege von 1845 eine höchst zweifelhaft ausgefallene Probe bestanden hat. Auch ist wohl allgemein anerkannt, daß der Schutz der Schweiz weit weniger in seiner Miliz, als in der ihm völlerrechtlich zuerkannten Neutralitätsstellung beruht. Auf eine gleiche oder ähnliche Stellung wird doch aber Württemberg nun und nimmermehr einen Anspruch zu erheben vermögen. Irgend ein wesentliches Resultat bleibt von den dortigen Bestrebungen deshalb wohl kaum zu erwarten, als eine erste thatsächliche Erscheinung auf diesem Gebiete, wie als der Vorläufer ernstlicher Bestrebungen und Kämpfe, welche für die gleichen Ziele in Zukunft schwerlich ausbleiben dürften, kann ihnen jedoch immerhin eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden. — Für die nächsten Jahre wird sich eine besondere Aufmerksamkeit der Regierung auf die Komplettierung der Reserve- und Landwehr-Offizierskämme gerichtet finden. Es sollen dazu nach der betreffenden Bestimmung Beförderungsvorschläge bis Ende 1872 in der doppelten und bis Ende 1876 in der andertthalbfachen Höhe der Etatsstärke zulässig sein. Die angeordnete Maßregel zielt darauf ab, für die Buthaltung an die stehende Armee, wie für die neuerrichteten Landwehrtruppen ausreichende Offizierskämme zu besitzen. Die für den Kriegs- und Mobilmachungsfall eintretende Buthaltung von je einem Reserve-Offizier zu jeder Kompanie der gesammten norddeutschen Infanterie würde dabei allein ungefähr 1300 Offiziere beanspruchen. Zur Zeit befinden sich nach Ausweis der letzten Rang- und Quartierliste die neuerrichteten Landwehr-Bataillone in Hinsicht ihres Offizierkorps allerdings meist noch sehr unzulänglich gestellt. Ein Aushilfsmittel bieten indeß die Landwehr-Reserve-Bataillone, welche sowohl in ihrem Mannschaftsstande wie in ihrem Offizierkorps vorzugsweise für den Ausgleich der noch nicht vollständig komplettirten Landwehr-Bataillone bestimmt sind und von denen zur Zeit das Reserve-Landwehr-Bataillon Berlin Nr. 35 allein ein Offizierkorps von 106 Reserve- und 299 Landwehr-Offizieren, wie ein ärztliches Personal von zusammen 145 Aerzten besitzt. Immerhin würde dieser Ausgleich aber dem für den erwähnten Fall eintretenden Bedürfnis noch nicht genügen, und begründet sich das jetzt eingeleitete Ausnahmeverfahren um so mehr, als durch die geringeren Ansprüche, welche bis 1872 an die wissenschaftliche Bildung der einjährigen Freiwilligen in den neuen Landes- theilen und den norddeutschen Bundesländern nur gestellt werden, zugleich der Zuwachs an Offizieren gerade für die dortigen Landwehr-Bataillone geringer angenommen werden muß, als ohnedies der Fall sein dürfte.

— Der „St. Anz.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung die Aufnahme in das ev. Lehrereameneninar zu Droßyitz betreffend, ferner einen Erlaß vom 19. Febr. betr. die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den hauseigenen Ausbau und die Unterhaltung der Straße von Katibor nach Lufasine, im Kreise Katibor des Regierungsbezirktes Dppeln, zum An- schluss an die Staatschaulsee nach Rybnitz, sowie den Neubau der in dieser Schaulsee liegenden Brücke über die Ober bei Katibor, und den Bort- böen Bantnoien.

— Die Mennoniten-Gemeinden in der Provinz Preußen sind auf ihr an den König gerichtetes und von diesem dem Kriegeminister und dem Minister des Innern zur Prüfung überwiesenes Gesuch wegen Befreiung vom Militärdienst von letzteren abschlägig beschieden worden. Nach der „Zeidl. Korr.“ beabsichtigen die Mennoniten ihr Gesuch einfach zu wiederholen, weil sie glauben, daß die Erledigung ihrer Angelegenheit jetzt ressortmäßig vor das Bundeskanzleramt gehöre.

— Der Senat-Präsident Dr. Heimsoeth zu Köln ist zum Ersten Präsidenten des Appellationsgerichts Köln ernannt worden, an Stelle des Wirkl. Geh. Ober-Zustizraths Dr. Broicher, welchem auf sein Ansuchen unter Beilegung des Charakters als Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädicat „Exzellenz“ die Versetzung in den Ruhestand bewilligt worden ist.

— Laut Bekanntmachung des Bundeskanzlers vom 2. März ist an Stelle des Geh. Ober-Finanz-Rathes Bollay der Geh. Ober-Reg.Rath Dr. v. Nathusius zum preussischen Bevollmächtigten zum Norddeutschen Bundesrathe und zum Zoll-Bundesrathe ernannt worden.

— Der Präsident der preussischen Bank v. Dechend ist, der „Elf. Z.“ zufolge, mit Genehmigung des Finanzministers der Kommission beigetreten, welche der Ausschuss des Deutschen Handelstages für das Bankwesen niedergelegt hat.

— Die heutige Morgennummer des „B. V. C.“ ist ohne Angabe der Gründe mit Beschlag belegt worden. Die Beschlagnahme ist wahrcheinlich erfolgt wegen des Leitartikels, welcher in etwas drastischer Weise die päpstliche Unfehlbarkeit beleuchtet.

— Die Verwaltungsbehörden sind jetzt auf Wunsch des Direktors der Staatsarchiv, des Geh. Regierungsraths Dunder, angewiesen worden, vor jeder Aktenassation ein Verzeichniß der zur Verrichtung bestimmten Schriftstücke dem Staatsarchiv ihrer Provinz mitzutheilen, damit daselbst diejenigen ausgewählt werden, die zur Verreichung der Archive geeignet erscheinen. Ein Aufenthalt des Kassationsgeschäfts darf aber dadurch nicht herbeigeführt werden.

— Die Errichtung von neuen Schulvikarien (eine Einrichtung, bei welcher ein katholischer Geistlicher neben seinem Pfarramte die Schule versteht), hält der Minister für die geistlichen u. Angelegenheiten in einer Verfügung an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, der „Köln. Z.“ zufolge nicht für ratsam. Sollten die eigenen Kräfte einer Gemeinde zur Errichtung einer Lehrstelle nicht ausreichen, so würde der Minister gern darauf Bedacht nehmen, ihr mit einem Staatszuschusse zu Hülfe zu kommen, wogegen er „zur Errichtung einer sogenannten Schulvikarie die Hand nicht bieten kann.“

Kiel, 17. März. (Tel.) Laut eingegangener telegraphischer Nachricht ist Sr. Maj. Yacht „Grille“ am 16. d. von Lissabon nach Ferrol in See gegangen.

Frankfurt a. M., 16. März. Gutem Vernehmen nach ist die Mittheilung berliner Blätter, wonach E. Sonnemann von hier die Absicht habe, eine Zeitung in Berlin zu gründen, darauf zurückzuführen, daß die demokratische Partei in Berlin beabsichtigt, Flugblätter herauszugeben, an denen der Genannte sich betheiligen will. — Der Minister des Innern, Graf Culenburg, ist gestern hier eingetroffen. — Die Konzession zum Bau der Eisenbahnlinie Frankfurt-Kronberg-Taunus ist erteilt worden.

Stuttgart 17. März. (Tel.) Heute gelangte in der zweiten Kammer der Antrag auf Abänderung des Kriegsdienstgesetzes (45 Unterzeichner) zur Verhandlung. Derselbe verlangt Herabsetzung der Präsenzzeit für die Infanterie und Artillerie auf ein Jahr, für die Reiterei auf zwei Jahre. Der Antrag wurde der Finanzkommission zur Berichterstattung überwiesen. In die Kommission sind gewählt worden: Hofer, Covallo, Mohl, Gzelhof, Wiest, Schneider, Schwandner, Reibel, Deffner, Ammermüller, Dettinger, Hörner, Langburg, Waltherr, Riethammer.

Hieron werden 10 vorausichtlich für, und 5 gegen Annahme des Antrags stimmen.

München, 14. März. Der ultramontanen „Augsburger Postztg.“ wird von hier gemeldet: Nachrichten aus Regensburg zufolge hat der dortige Bischof von Rom aus an sein General-Vikariat die Weisung ergehen lassen, daß jenen Theologen, welche dormalen ihre Studien an der Universität München betreiben, bekannt gegeben werden solle, daß sie nicht ordinirt würden, wenn sie weiteres an dieser Universität weiterleiten.

O e s t e r r e i c h .

Wien, 15. März. Wie der „N. Fr. Pr.“ berichtet wird, sind alle Gerüchte, welche sich auf den Sessionseschluß beziehen, als verfrüht zu betrachten. In den leitenden Kreisen halte man an der Absicht fest, noch vor dem Eintritt der Ostersferien des Reichsrathes die Wahlreform zu erledigen. Nach der Bewerkligung dieses Planes werden sich die weiteren, auf die Sessionsdauer bezüglichen Beschlüsse richten. — Heute beginnt im Abgeordnetenhaus die Verathung der Zivilprozessordnung; in der nächsten Woche denkt man die Budgetdebatte eröffnen zu können. — Mit der Realisirung der Wahlreform scheint es der „Presse“ zufolge schlimmer denn je zu stehen, die Antipathie soll unter den Abgeordneten selbst sehr groß sein, und neuesten erzählt man von Konferenzen der Großgrundbesitzer (die erste derselben soll beim Baron Tinti stattgefunden haben), in welchen dieselben ein gemeinsames Programm für ihre Haltung in der Wahlreformfrage zu vereinbaren trachten. — Wie aus Prag gemeldet wird, hat dort am 14. die feierliche Installation des neugewählten Bürgermeisters Dittrich stattgefunden; der Statthaltereileiter FML. von Koller hielt dabei eine geschickte und deutliche Ansprache; der Verfassungseid, welchen Dittrich zu leisten hatte, soll viel schärfer und bindender formulirt gewesen sein, als der seines Vorgängers Klaudy.

S c h w e i z .

Aus der Schweiz, 14. März. Die Kantonsregierungen werden vom Bundesrath befragt, ob sie einem Antrage des norddeutschen Bundeskanzleramts entsprechend einwilligen, die Erklärung vom November 1869 zwischen Preußen und der Schweiz, betreffend gegenseitige Freihaltung vom Militärdienst und daherigen Pflichterfüllung, in der Weise zu erweitern, daß im Texte derselben der Ausdruck „Angehörige des Königreichs Preußen“ durch die Worte „Angehörige des Norddeutschen Bundes“ ersetzt werde. — Der große Rath von Argau hat 1 Million als Subvention für den Gotthardt bewilligt.

B e l g i e n .

Brüssel, 15. März. Die Repräsentantenkammer hat heute das Militärfestgesetz mit 65 gegen 4 und 5 neutrale Stimmen angenommen. Es erhoben sich bei dieser Gelegenheit wiederum mehrere Redner für die Abschaffung der Todesstrafe, welche das Militärgezeß betheilt. Auch das Zivilgezeß hat bekanntlich die Todesstrafe noch beibehalten und in der gegenwärtigen Session wird die Angelegenheit nicht weiter berührt werden; in der nächsten Session wird sie jedoch wieder zur Sprache kommen.

F r a n k r e i c h .

Paris, 15. März. Die „France“ erinnert daran, daß Darus Eintritt ins Kabinet ganz besonders von den kirchlichen Mächtern willkommen geheißen ward; daß Szgris, Buffet, Chevandier de Baldrone und Louvet ins Ministerium als Anhänger der Prinzipien von 91 traten; daß Daru persönlich von dem höchsten Respekte gegen die Kurie sich erfüllt zu zeigen pflegte, und daß ein Staatsmann mit solchen Antezedentien, solchen Freunden und Verbindungen wohl Anspruch auf Beachtung gehabt habe. Dennoch ist es mit der Depesche, welche Daru am 20. Febr. an Banneville abgeschickt hat, eine wunderliche Sache. Rom hat noch immer nicht geantwortet und man sängt in der Presse an, dies so auffallend rücksichtslos, ja, unglaublich zu finden, daß man überhaupt die Absendung der Depesche zu bezweifeln beginnt. Die „France“ fordert nun Daru auf, seine Depesche zu veröffentlichen, denn: „die Regierung darf die öffentliche Meinung, in Folge der Bemerkungen der Presse, über eine Frage von solcher Wichtigkeit nicht irre werden lassen.“ Die „Presse“ will wissen, der Prinz Napoleon sei direkt vom Familiendiner, das vorgestern in den Tuilerien stattfand, zu Olivier gekommen und habe mit dem Justizminister über das Konzil verhandelt: Daru dringe nämlich „auf Absendung eines außerordentlichen Botschafters nach Rom, der im Konzil erscheinen und vor der Verkündigung der persönlichen Unscholbarkeit des Papstes einen Protest der französischen Regierung vorlesen solle.“ Daru befindet sich, setzt die „Presse“ hinzu, mit dieser Politik in der Minorität, namentlich habe Szgris, der Unterrichtsminister, sich energisch gegen die Absendung eines Botschafters ausgesprochen und die Zustimmung der Mehrzahl seiner Kollegen erhalten, während Buffet ganz auf Darus Seite steht.

Das „Univers“ theilt folgendes Aktenstück mit: Die arrogante und skandalöse Haltung, welche der Professor der Kirchengeschichte an der Münchener Universität, Dr. Döllinger, dem heiligen Stuhle und den in Rom versammelten Bischöfen gegenüber genommen, die irrigen und sehr verderblichen Lehren, welche er in seinen letzten Schriften zu veröffentlichen für gut erachtet hat, legt uns die traurige Pflicht auf, den Studenten der Theologie, die meiner Diöcese angehören, den Besuch der Vorlesungen des Dr. Döllinger zu untersagen. Mein Gewissen erlaubt mir nicht, ihren Glauben einem so verderblichen Einflusse auszu- setzen u.

Dieses Aktenstück ist vom Bischof von Regensburg. Mehrere Abendblätter bringen folgendes Schreiben des Paters Charles Perraud vom Oratorium an den Sekretär der Friedensliga, Hrn. Frederic Vossy, datirt Paris, 14. März 1870: Lieber Herr! Von meinem Vorgesetzten dazu gezwungen, entweder aus der Friedensliga auszutreten oder die Kongregation des Oratoriums zu verlassen, entschlief ich mich, Ihnen meine Demission als Mitglied der Liga einzuliefern. Brauche ich Ihnen zu sagen, daß meine persönlichen Sympathien fortwähren werden, die Bestrebungen aller der Männer von Herzen zu begleiten, welche, ohne Unterschied der politischen Meinungen und des religiösen Glaubens, mit Ihnen daran arbeiten werden, so viel als möglich die grausame Beißel des Krieges zu vermindern? Genehmigen Sie u. s. w.

Die Deputirten versammelten sich heute in den Abtheilungen, um die Budget-Kommission zu ernennen. Um 3 Uhr war noch kein Resultat bekannt. Wie es in der Kammer hieß, wird das offizielle Blatt morgen die Liste der neuen Unterprä- fekten bringen. Es ist sicher, daß Jules Favre nächsten Montag die Regierung über das Konzil interpelliren werde. — Gestern wurde eine öffentliche Versammlung, die im Saale Molliere abge- halten wurde, aufgelöst. Zu Konflikten mit den Behörden kam es nicht. — Zwischen der Königin von Spanien und ihrem Gemahl kam es in den letzten Tagen mehrere Male zu den

bestigsten Szenen, und in der letzten sogar zu Gewaltthätigkeiten. Man schreibt hierüber der „Köln. Z.“:

Während das blutige Drama von Madrid alle Welt in Aufregung versetzt, spielt sich hier, gleichfalls unter den Gliedern der vertriebenen spanischen Bourbonen-Familie, eine Komödie ab, die der Galerie viel zu lachen giebt und die sicherlich ein eigentümliches Licht auf die Familienbeziehungen gekrönter Häupter wirft. Der Unfriede, der seit Wochen zwischen Don Franziskus von Assisi und seiner Gemahlin, der Erzherzogin Isabella, herrscht, war neuerdings zu heftigen Flammen angefaßt worden. Der Zwist hatte so lebhaft Formen angenommen, daß ein Prozeß vor den öffentlichen Gerichten unvermeidlich schien und es schließlich der verschiedensten Anstrengungen bedurfte, um diesen Skandal abzuwenden. Jedermann kennt die eigentümliche Neigung, welche der Erzherzog Franz für den ehemaligen madridier Banquier Meneses empfand und empfindet. Seit längerer Zeit schien das Verhältnis, welches beide Männer so eng verknüpfte, ein ziemlich loses geworden zu sein. Plötzlich erschien der seit Monaten abwesende Meneses wieder in Paris und es dauerte nicht lange, so war er wieder in Besitz der alten Macht, die er über Don Franziskus ausübte. Sein Ehrgeiz ging dahin, am spanischen Königshofe irgend eine offizielle Stellung einzunehmen. Das Vermögen der Königin befand sich seit ihrem Aufenthalt in Frankreich unter der erprobten Verwaltung zweier spanischen Bekannten, der Herren Alcega und Espeleta. Der König stellte nun urplötzlich das Ansehen an seine Gemahlin, die Verwaltung ihres Vermögens jenen Herren zu entreißen und sie den Händen seines speziellen Vertrauten, Meneses, zu übergeben. Die Königin weigerte sich natürlich und wie dies in solchen Dingen zu geschehen pflegt, wurde die Bitterkeit zwischen beiden Seiten immer größer. Der König, der schließlich verlangte, einen eigenen Antheil an der Vermögensverwaltung zu besitzen, ließ jede Schonung der Seite und erfüllte die hohe spanische und französische Gesellschaft mit den bittersten Klagen über die Königin, der er die unsaubersten Dinge nachsagte. In ihrer Verzweiflung wendete sich Isabella an den Polizeipräfekten Pietri mit der Bitte, ihr zu raten, was sie thun müsse, um ihren Gatten zur Ruhe zu verweisen. Der König, der am Tage nie mehr zu Hause ist, und nur des Nachts das Erdgeschoß des Palastes bewohnt, wo sich der gemeinschaftliche Hofstaat befindet, bewohnt, wurde immer maßloser in seinen Angriffen. Da rieth Pietri Isabella, sie möge ihren Gemahl durch einen Vertrauten benachrichtigen lassen, er habe seine sofortige Ausweisung zu erwirken, wenn er fortfahre, solchen Skandal zu erregen und der französischen Regierung auf diese Art die Pflichten der Gastfreundschaft zu erschweren. Gesagt, gethan. Ein spanischer Edelmann, Graf Castellon, unterzog sich der delikaten Mission bei Don Franz von Assisi, und dieser, erschreckt, zog andere Saiten auf und versprach, sich ruhiger zu verhalten, erklärte aber gleichzeitig, daß er unter keinen Umständen in dieser Weise und ausgeschlossen von aller Vermögensverwaltung fortzistern wolle. Es mußte zu einer Entscheidung und Verständigung zwischen ihm und seiner Gemahlin auf die eine oder die andere Weise hingewirkt werden. Da kam man denn überein, ein Schiedsgericht zu ernennen, das sich über das bestehende Verhältnis zwischen beiden Ehegatten auszusprechen haben wird. Don Franz wählte für sich die Herren Jules Favre und Laurier, die Königin nahm die Advokaten Mathien und Dufaux, alle vier Arbitrer aber haben nun gemeinschaftlich einen fünften zu ernennen, ehe sie sich an das schiedsrichterliche Erkenntnis begeben.

Paris, 17. März. (Tel.) Gutem Vernehmen nach sind sämtliche katholische Mächte entschlossen, keinen außerordentlichen Gesandten zum Konzil abzuschicken, sie beabsichtigen vielmehr, den etwa bedrohten bürgerlichen Rechten mittelst der bestehenden Gesetze Achtung zu verschaffen.

Spanien.

Madrid, 17. März. (Tel.) In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß gegen den Herzog von Montpensier anlässlich des Duells mit Prinz Heinrich gerichtliche Schritte eingeleitet werden sollen.

Italien.

Aus Rom wird der „Köln. Ztg.“ unterm 11. März geschrieben:

Während man aus dem, was einzelne Bischöfe für oder gegen Pater Gratry schreiben und den mehr als giftigen Invectiven und Insinuationen der ultramontanen Blätter gegen verschiedene Mitglieder des Konzils schließen sollte, daß einseitig noch „das Stadium des Leuzels“ in voller Blüthe stehe, herrscht hier in Rom äußerlich wenigstens die größte Ruhe. Und doch ist es, als zittere die Erde leise von gewissen dunkeln, unterirdischen Arbeiten, durch welche die große und mächtige Partei der Infallibilisten das kleine Häuflein ihrer Gegner zu unterminiren suche, um dasselbe mit Nachstem in die Luft zu sprengen. Bald werden die Arbeiten mit dem neuen Reglement beginnen,“ sagt der „Operatore Cattolico“, welches zwar vielleicht nicht hindern wird, daß gewisse Hindernisse zu hindern suchen, aber die Mittel und Wege giebt, vorwärts zu gehen, entweder mit ihnen oder ohne sie und vielleicht auch gegen sie.“ Das letzte Glied des Saes ist bedeutungsvoll genug. Wie verschiedene deutsche Bischöfe in privater Unterhaltung erklärt haben, daß sie das ganze Dogma von der Unfehlbarkeit, auch wenn es proklamirt werden sollte, nicht annehmen werden, so hat man sich auch in offiziellen Kreisen bereits mit dem Gedanken an mögliche Schismen vertraut gemacht. Nicht genug, über eine stumme Resignation der Bischöfe leichtes Schrittes hinwegzugehen, wird man auch ihrem feierlichen Protest eine ehrene Stirn bieten. Was wird nützen, wenn der Bischof von Mainz, wie behauptet wird, in der nächsten Sitzung die Erklärung abgeben wird, daß der neue bedeutliche Zusatz zum Schema de Pontificio eine Beschwerung oder etwas Ähnliches gegen das Gewissen sei? Man will wissen, daß die Zahl der Gegner der zwei Unfehlbarkeiten, oder richtiger, der getheilten Unfehlbarkeit, auf einige zwanzig gesunken sei. Von den Deutschen und Franzosen seien viele wandend geworden, Dupanloup selber seit bereit, die Waffen zu strecken. Das letztere behauptete vor einigen Tagen auch die Unita Cattolica, um es allerdings sofort darauf zu widerrufen. Aber es entspricht solchen Nachrichten einigermassen, wenn der „Stendardo“ schreibt: „Man sagt, der Papst habe die Absicht geäußert, daß, wenn die Frage der Unfehlbarkeit von mehr als hundert Vätern inopportun genannt würde, er von ihr abstehe wolle. Aber diese Zahl von hundert Vätern, von denen man in den revolutionären Blättern so viel Aufhebens macht, wird sich in Wirklichkeit gewiß nicht finden.“ Eoglicher Weise müßte doch der h. Vater, wenn er sich selbst für unfehlbar hält, auch über die Opportunität unfehlbarer Urtheile können, als selbst hundert Bischöfe.

Rom, 16. März. (Tel.) Man glaubt, daß die Antwort auf die Note des Grafen Daru morgen von hier abgehen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. März. Auch der Generalgouverneur von Litthauen, General Potapoff, hat in Betreff der Einführung der russischen Sprache beim römisch-katholischen Gottesdienst eine Verfügung erlassen, deren Inhalt mit der von mir mitgetheilten Verfügung des Generalgouverneurs der südwestlichen Gouvernements, Fürsten Dondukoff-Korsakoff, wesentlich übereinstimmt. Ich theile aus der im wilnaer Amtsblatt veröffentlichten Verfügung die Hauptbestimmung mit, die also lautet:

„Die Vorheber der römisch-katholischen Diözesen, wenn sie die Einführung der russischen Sprache für diejenigen Theile des römisch-katholischen Ritus, die bisher in polnischer Sprache abgehalten worden, wie z. B. für die Predigt und die Kirchengebete, für nöthig halten, oder, wenn Vorheber von Parochien die Einführung der russischen Sprache bei ihnen nachgesucht haben, sind verpflichtet, sowohl ihre eigenen darauf bezüglichen Wünsche wie die an sie gerichteten Gesuche von Propsten dem Minister des Innern vorzulegen. Es ist klar, daß alle Uebergriffe Seitens der Polizei, die bisher in dieser Angelegenheit so häufig vorkommen, künftig ebenso unstatthaft sind, wie unmotiviert und mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse unausführbaren Forderungen einzelner Persönlichkeiten und wenn es auch Vorheber von Parochien sind.“

Diese Verfügung hat wieder den ganzen Zorn Kattkoff's wachgerufen. „Wie ist es möglich — ruft dieser Fanatiker der

Staatsunifikation in seinem Organ, der „Mosk. Ztg.“, aus — daß die Regierung dieselbe Verfahrensweise, die sie noch vor wenigen Monaten so reichlich belohnte, heute für inkonsequent und unausführbar erklären kann?! Wozu die vier Instanzen, die sie in einer so einfachen Sache eingeführt hat, die förmliche Willensklärung der Gemeinde, das Gesuch des Propstes, die Vorstellung des Bischofs und die Genehmigung des Ministers? Ist denn auch nur im Entferntesten daran zu denken, daß die Katholiken der höheren Gesellschaftsklassen, die Herren, der Adel, die städtischen Bürger, die Einführung der russischen Sprache bei ihrem Ritus verlangen werden? Und kann man vom schlichten Bauer erwarten, daß er so sehr vom russischen Patriotismus begeistert sein werde, um mit Entschiedenheit die Einführung der russischen Sprache zu verlangen?“

Warschau, 15. März. Die Tragweite der seltsamen Verwaltungsmahregel, mehr als 300 Städte des Königreichs Polen durch einen Federzug in Dörfer umzuwandeln, wird jetzt erst empfunden, da diese Umwandlung nun auch de facto vorgenommen und die Wahl der Woijs in den degradirten Ortlichkeiten durchgeführt wird. Es ist wahr, eine große Menge polnischer Städte verdiente diesen Namen weder durch ihre Einwohnerzahl noch durch ihre merkantilsche Bedeutung; aber es mußte doch sichtlich darauf Rücksicht genommen werden, ob die Bewohner vorwiegend Ackerbürger oder Kaufleute seien. Das Städtchen Przychoda z. B., welches 3000 Einw. zählt und einen blühenden Fabrik- und Handelsbetrieb hat, besitzt nicht einen einzigen Ackerbürger; nun ist es auf einmal Landgemeinde geworden — ohne Land. Dazu kommt noch, daß im Anschluß an diese Degradirungsmahregel mit einem Schlage 180 Postexpeditionen im Königreich Polen kassirt*) worden sind, so daß den weitaus Städtchen, selbst wenn sie in den Dörfern ihre früheren Gewerbe weiterbetreiben wollten, die Möglichkeit einer regelmäßigen Kommunikation genommen ist. Die Besteuerung aber hört nicht etwa mit dem Verluste des städtischen Charakters auf. Im Gegentheil! an kleinen Steuerexerzieren hat sich ein Dörfner mehr zu leiden als ein Städter. Vorerst muß er einen bestimmten Beitrag zur Erhaltung der Woijskanzlei von jedem Morgen seines ländlichen Eigenthums zahlen. Dann hat er für jede Rechtsangelegenheit, die er an das Gemeindegericht bringt, dem Woijs 50 Kopelen und dem Schreiber desselben 30 Kopelen zu entrichten. Was nebenbei noch für den Schreiber abfällt, der gewöhnlich gescheuter ist wie der Woijs und im Interesse desjenigen arbeitet, der mehr zahlt, ist eine drückendere Steuer, als alle direkten Lasten, die dem Städter auferlegt werden. Für alle diese Wohlthaten muß sich nun gar der Betroffene noch höchlich bedanken. Es zirkulirt nämlich eine Dankadresse in allen degradirten Ortlichkeiten, in welcher dem Kaiser der Dank für die besprochene Mahregel abgestattet wird; wer sie nicht unterschreibt, verfällt einer Geldstrafe. Interessant ist, wie die Woijswahlen vorgenommen werden. In dem Städtchen Przychoda leitete der Landkommisfar Fadiejeff, der Sohn des jüngst durch seine politischen Aussätze bekannt gewordenen Generals, den Wahlakt. Gewählt wurde ein Hausbesitzer, der sich in dem Städtchen der allgemeinen Achtung erfreute. Dem Wahlkommisfar paßte aber diese Wahl nicht; unwirksam stand er von seinem Sitze auf und hing dem ersten besten Bauer die Attribute des Woijsamtes, eine bronzenne Kette, an der eine Medaille befestigt ist, um den Hals. „Das ist euer Woijs“ — rief er, indem er seinen Protegé, ein als Spitzhube und Trunkenbold verurtheutes Individuum, der Versammlung präsentirte. Alle stuzten, nur ein früherer Kapitän und jetziger Hausbesitzer in Przychoda wagte gegen diesen Willkürakt zu protestiren und den Kommissarius darauf aufmerksam zu machen, daß er kein Recht habe, die Wahl in solcher Weise zu beeinflussen. „Wie? rief Hr. Fadiejeff aufsehend, wissen Sie, daß ich Kommissar bin? Scheren sie sich hinaus!“ Der Kapitän entfernte sich ohne ein Wort der Widerrede, und wartete vor der Thür des Wahllokals. Als nun Hr. Fadiejeff seinen Kandidaten durchgesetzt hatte, und sich aus dem Lokal entfernte, stellte ihn der beleidigte Kapitän zur Rede. Es entstand ein heftiger Wortwechsel, der bald in Thätlichkeiten überging. Hr. Fadiejeff flüchtete sich vor dem stärkeren Gegner in die Kirche und verschloß sich in die Sakristei. Sein Gegner forderte ihn zum Duell. Das war aber eine zu starke Zumuthung an Hr. Fadiejeff's Courage. Er machte sich auf die Strümpfe und eilte nach Petersburg zu seinem Vater, um sich bei diesem zu beklagen. Nur durch Vermittelung angesehenen Warschauer Persönlichkeiten wurde diese Ehrensache beigelegt und Hr. Fadiejeff ist auf seinen Posten wieder zurückgekehrt.

*) Von anderer Seite wird und geschrieben, daß die beabsichtigte durchgreifende Reform des Postwesens im Königreich Polen bis auf Weiteres sistirt werden soll, weil man dieselbe in Rußland, wo sie erst vorbereitet wird, zugleich mit derjenigen in Polen vornehmen will. Red. d. „Pol. Z.“

Kalisch, 15. März. Nach einer neuen Verfügung der Ober-Orenzzoll-Behörde werden vom 17. Juli ab auch die Schauffeegeldzuschläge auf Waaren aufgehoben, wie das Schauffeegeld auf Fuhrwerke an der Grenze vom 1. Januar bereits aufgehört hat. In Rußland besteht bekanntlich seit dem Jahre 1825 kein Schauffeegeld und Begegeld mehr und wird die Unterhaltung der Staatsschaulassen und Brücken aus Staatskassen bestritten; in Polen wurde es durch den berühmten Finanzmann Kleinmichel viel später aufgehoben und ein Ersatz dafür in einem Zuschlag auf die Stempel erfunden. Es kostet z. B. ein Stempel von 15 polnischen Groschen 17 Groschen u. s. w. und man erzielte durch diese Abgabe noch 1/2 Millionen über den Ausfall an Schauffeegeld. Trotzdem schlich sich der Schauffeegeldzuschlag auch in andere Abgaben ein, und so findet sich nicht nur in den Grenzzollrechnungen, sondern auch in den Gerichtskostennoten u. überall die Rubrik „Szossowe“ und muß bezahlt werden, und zwar mit 5 Prozent des zu zahlenden Betrages, so daß z. B. ein Gutskäufer, nachdem er schon an den Stempeln Schauffeegeld gezahlt, zu der Kaufkostenrechnung von 380 Rubel noch 12 Rubel Schauffeegeld zahlen mußte. Wenn vor Kurzem also ein auswärtiges Blatt sagte, daß in Rußland Niemand Schauffeegeld und Begegeld zahle, so war dies ein Irrthum; hier zahlt auch derjenige Schauffeegeld, der vielleicht gar nicht fährt, und der arme Diensthote oder Arbeiter, der einen Stempel von 15 Groschen Kennwerth zu irgend einem

Attest löst, zahlt dafür 17 Groschen, entrichtet also 2 Groschen Schauffeegeld.

Norddeutscher Reichstag.

14. Plenarsitzung. (Schluß.)

Darauf wird in der zweiten Beratung des Strafgesetzbuches fortgefahren. § 79 der Vorlage lautet: „Wer es unternimmt, 1) die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltfam zu ändern; 2) das Gebiet des Norddeutschen Bundes ganz oder theilweise einem fremden Staate gewaltfam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, oder 3) das Gebiet eines Bundesstaates ganz oder theilweise einem anderen Bundesstaate gewaltfam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, wird wegen Hochverraths mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Befugungshaft nicht unter fünf Jahren ein, neben welcher auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte, sowie auf Unfähigkeit zur Beleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden kann.“

Hierzu liegen folgende Amendements vor:
1) von Bürgers und Graf Schwerin: an die Spitze des § 79 als Nr. 1 den Inhalt des gestern unerledigt gebliebenen § 78 zu setzen: „wer es unternimmt, einen Bundesfürsten zu tödten, gefangen zu nehmen, im Feindes Gewalt zu liefern, oder zur Regierung unfähig zu machen“, im Uebrigen aber die Fassung der Vorlage unverändert zu lassen.

Dieselbe Tendenz, die gestern gebliebene Rüge heute auszufüllen, zugleich aber auch die Möglichkeit, milder harte Strafformen neben der Zuchthausstrafe zu schaffen, verfolgt 2) v. Patow, der dieselbe Nr. 1 einschalten will, wie Bürgers, in Betreff der Strafe aber von der Vorlage abweicht, nämlich: „... wird wegen Hochverraths mit lebenslänglicher schwerer Freiheitsstrafe bestraft. Sind in den Fällen zu 2, 3 und 4 mildernde Umstände vorhanden, so tritt Befugungshaft nicht unter fünf Jahren ein. Neben der Befugungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.“

3) Meyer (Thorn) setzt hinter „Zuchthaus“ oder lebenslänglicher Befugungshaft, streicht im Absatz 2 den zweiten Absatz „neben welcher u. s. w.“ bis zu Ende und fügt dafür hinzu: Neben der Befugungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

4) v. Hovverbeck setzt statt „Zuchthaus“ Befugungshaft.
5) Fürst Pleß setzt neben „Zuchthaus“ oder Gefängnis. Außerdem schränkt er die mildernden Umstände auf die Fälle 2, 3 und 4 ein, schließt sie aber für die Nr. 1 (nach Bürgers: Wer einen Bundesfürsten tödtet u. s. w.) aus.

(Beim Beginn dieser Diskussion tritt der Kronprinz in die Hofloge.)
Abg. v. Patow: In den Augen des Publikums hat die Zuchthausstrafe einen entehrenden Charakter und wir würden eine ungerechte Pötte begehen, wenn wir die politischen Verbrecher durchweg mit Zuchthaus bestrafen wollten. Um dies zu umgehen, sind gestern bereits verschiedene Vorschläge gemacht. Es wurde die Befugungshaft vorgeschlagen, aber sie ist zu milde und eigentlich gar keine Strafe und würde in dem System des Entwurfs zu den größten Inkonsequenzen führen. Auch Gefängnisstrafe halte ich für politische Verbrechen für nicht geeignet; denn sie führt wie das Zuchthaus den Verbrecher in eine schlechte Gesellschaft, vor der ich den politischen Verbrecher bewahren will. Das einzige mögliche Mittel ist, daß wir neben dem Zuchthaus eine neue schwere Freiheitsstrafe statuiren, die ich „Einsperrung“ nennen möchte und die sich von der Zuchthausstrafe dadurch unterscheiden müßte, daß sie die Ehre des Verbrechers nicht im entferntesten tangirt. Dazu wäre nöthig, daß der mit ihr belegte Verbrecher nur mit Arbeiten beschäftigt wird, die seine Würde und Ehre auch nicht beeinträchtigen, daß diese Art von Verbrecher nur einsamig geleidet werden im Gegensatz zu den Zuchthäusern u. dgl. Die durch die Annahme meines Antrags notwendig werdenden Änderungen im allgemeinen Theile des Entwurfs werden sich bei der dritten Lesung ausführen lassen. Wir Alle wünschen das Zustandekommen des Gesetzes; dann dürfen wir ihm aber auch nicht bei jeder Gelegenheit Hindernisse in den Weg legen, das würde geschehen, wenn wir in diesem Paragraphen die mildeste Strafe, die Befugungshaft für politische Verbrechen ausfüllen. Nehmen Sie daher meinen Antrag an, der das Strafsystem des Entwurfs nicht alterirt.

Abg. v. Hovverbeck: Der Antrag Patow scheint mir bedeutsam, wenngleich ich im jetzigen Stadium der Beratung nicht für ihn stimmen kann. Wir haben drei Strafarten: Zuchthaus, Gefängnis und Befugungshaft, aber was sie bedeuten, wissen wir nicht. Deshalb dürfen wir sie aber auch nicht durch eine vierte gleichfalls unklare Strafe vermehren. Zuchthaus ist für mich die absolut entehrende Strafe, bei der der Direktor der Anstalt die Befugnis zur Anwendung von Disziplinarmitteln hat. Gefängnis ist meiner Ansicht nach auf kurze Zeit zu im Entwurfs ausgedehnt; es können Fälle eintreten, wo man eine längere Strafe für notwendig hält, ohne damit auch die absolute Unterwürfigkeit unter die Disziplinarmacht des Direktors, wie es beim Zuchthaus der Fall ist. Befugungshaft ist die custodia honesta, die dem Verbrecher nur die Freiheit beschränkt, aber die Ausübung aller seiner Lebensgewohnheiten gestattet. Mein Freiheitsgefühl ist aber so stark, daß ich sie gegenüber dem Herrn v. Patow gleichwohl für schmerz halte. Seine neue Freiheitsstrafe für politische Verbrecher wird immer mit einem Zwange des Anstaltsdirektors verbunden sein. Folgt der Mann nicht willig so wird der Direktor Disziplinarmittel anwenden und so lange ich nicht über das Maß derselben unterrichtet bin, kann ich für seinen Antrag nicht stimmen. — Trotz der Ablehnung des § 78 wollen wir Ihnen die Zulässigkeit der Wiedereinführung der Zuchthausstrafe nicht bestritten, wir lieben aber dann auch für uns gewisse Konsequenzen. Wir haben bei § 78 Niederlagen erlitten, die wir unbedingt repariren müssen: die Frage, daß Geschworenengerichte an Stelle der Ausnahmegerichte treten müssen, ist so wichtig, daß eine derartige Bestimmung an irgend einer Stelle des Entwurfs durchaus eingefügt werden muß. Hr. Posler, oder wer sonst diese Bestimmung beantragen sollte, wird es angenehm sein, unserer Unterthänigkeit schon im Voraus sicher zu sein.

Abg. v. Buch hält den Patow'schen Antrag an dieser Stelle für unzulässig. Sollte er zum Austrage gebracht werden, so müßte es im allgemeinen Theil geschehen. Redner schließt mildernde Umstände bei politischen Verbrechen gänzlich aus, wird für den Antrag Bürgers-Schwerin stimmen und meint, daß er durch dieses Votum seine Abstimmung über die Todesstrafe in keiner Weise verleihe.

Bundeskommissar Dr. Friedberg: Die verbündeten Regierungen geben sich keineswegs der Hoffnung hin, daß über diesen Abschnitt leicht zu einem allgemeinen Einverständnis zu gelangen sein würde; sie waren daher auf einen Kampf wohl gefaßt, in dessen hat die Anzahl der Amendements doch übertrast, denn es darf daraus gefolgert werden, daß der Modus, wie der Entwurf diese Frage regelt, Ihren Beifall nicht hat. Den Motiven zufolge hat der Entwurf nicht etwas absolut Neues schaffen wollen, sondern an ein bewährtes bestehendes Gesetz angegeschlossen. Dies scheint ihre Billigung gefunden zu haben. Originalität, wie hoch sie auch sonst anzuschlagen ist, ist für den Gesetzgeber unter Umständen etwas sehr zweifelhaftes. Als der Entwurf an die Verbündeten des öffentlichen Rechts — ich möchte sie so nennen gegenüber dem vielen Mißbrauch, der mit dem Worte „politisch“ getrieben wird — kam, hatte er zu berücksichtigen, daß die Bundesverfassung in Art. 74 den Hochverrath gegen den Bund so bestraft, wie die einzelnen Landesgesetze den Hochverrath gegen das eigene Land bestrafen. Die einzelnen Landesgesetze bestimmen aber ohne Ausnahme für den Hochverrath gegen das Vaterland die schwerste Strafe, den Tod. Der Entwurf war also nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, in § 78 den Hochverrath gegen den Bund auch mit dem Tode zu bestrafen. Herr Posler warnte den Gesetzgeber neulich vor dem Schabloniren. Die Warnung ist beherzigenswerth, ihr kann aber die andere gegenübergestellt werden, daß der Gesetzgeber, weil er für ein bestimmtes Verbrechen sich keinen idealen Verbrecher konstruiren kann, nun auch das Verbrechen selber nicht idealisiren darf; deshalb bestimmte der Entwurf für die politischen Verbrechen als Regel den Tod und das Zuchthaus und ließ mildernde Umstände gelten. Der Antrag Meyer beseitigt dieses Prinzip fast gänzlich. Er geht von der Prämision aus, daß jeder politische Verbrecher nur aus ehrenhafter Gesinnung gehandelt habe und bestimmt demgemäß als die richtige Strafe Befugungshaft und nur für den Ausnahmefall, da die That aus einer ehrlosen Gesinnung hervorgegangen ist, Zuchthausstrafe. Haben Sie wohl bedacht, welche Bedenken das hat im Vergleich mit § 88 (lebenslängliches Zuchthaus für Spione u. s. w.) Ich kann mir wohl einen ehrlichen Hochverräter denken, nicht

aber einen ehrlichen Norddeutschen, der dem Feinde die Festungen des Vaterlandes überliefert oder dem Feinde als Spion dient. Für einen solchen Mann die zärtliche Sorgfalt zu haben, das man für ihn milde Umstände gelten läßt, wäre ein Mißgriff der Gesetzgebung, hinter dem die öffentliche Meinung nicht stehen. (Geht.) Niemand wird die Tödtung eines Bundesfürsten für straflos erklären wollen! der praktische Zweck dieser Debatte ist daher, nur die durch den gestrigen Beschluß in dem Gesetz entfallende Sünde wieder auszufüllen. Dazu giebt der Antrag Bürger's die Möglichkeit. — Sie tragen fortwährend Ihre Auffassung der Zuchthausstrafe vor. Sollten Sie das bei jedem Paragraphen wiederholen, dann müßte auch ich wünschen, daß das Wort Zuchthaus aus dem Entwurf eliminiert würde und daß der Entwurf von vornherein bestimmt hätte, Zuchthaus soll überhaupt nicht mehr bestehen.

Abg. Miquel: Von einem Idealistren der politischen Verbrecher, das der Bundeskommissar unsern Antrag vorwirft, ist gar nicht die Rede. Wir wollen nur anerkennen, daß das politische Verbrechen nicht an sich als entzührend zu betrachten sei, das man einen Unterschied zu machen habe zwischen denjenigen, die die strafbare Handlung wegen schändlichen Gewinnes und solchen die sie in der Ueberzeugung begehen, im Interesse des Gesamtwohl's zu handeln. Nichts ist fehlerhafter, als politische Verbrecher mit schweren Strafen zu belegen. Der Justizminister wies gestern darauf hin, daß zur Zeit der alten Römer gerade diese Vergehen ein privilegium odiosum genossen hätten, indessen solche Bestimmungen, wie sie in der Gesetzgebung der römischen Despoten herrschten ihre Wurzel hatten, dürften sich doch am wenigsten zum Muster unserer bürgerlichen Gesetzgebung eignen. Die Geschichte lehrt, daß diejenigen Regierungen, die selbst in Zeiten großer Aufregung in der Handhabung der Strafgesetze milde verfahren, sich besser gehalten haben, als solche, die durch harte Strafen ihre Autorität sichern zu müssen glaubten. Desterreich hat es bitter bereut, daß es in Urad die ungarischen Generale hängen ließ; es war dies mit einer der ersten Gründe, die zu der späteren Entzweigung beider Theile führte; in ruhigen Zeiten aber hat das Volkswohlthun immer eine Amnestie der politischen Verbrecher gefordert, und diejenige Regierung zeigte sich stets als die politisch klügste, die dieser Forderung zuerst entsprach. Die Härte der Strafe hat gerade hier am wenigsten Sinn, weil bei dem politischen Verbrecher die Abschreckungstheorie die geringste Wirkung ausübt. Wenn wir also auf eine Strafmilderung durch unsere Anträge hinwirken, so lassen wir uns nicht von idealistischen und phantastischen Schwärmereien, sondern von den aus geschichtlichen Thatsachen gezogenen Lehren leiten. Unsere ganze Berathung leidet daran, daß wir durch einen früheren Beschluß gegen das System des Gesetzes, welches die Zuchthausstrafe nicht zu einer entzührenden machte, eine Inkonsequenz begangen haben. Die Inkonsequenz soll nun durch eine Anzahl von Amendements wieder gut gemacht werden und so gerät das ganze Gesetz in Verwirrung. Nicht die Strafe, sondern das Vergehen ist es, das entzührend ist; das beweist das Beispiel von Männern, die in unserer Mitte zu den geachteten gehören, obwohl sie im Zuchthaus geessen haben. Einzelnen wird Niemand für erlos halten, weil er im Zuchthaus Wolle gesponnen hat. Am liebsten wäre es mir daher, wenn wir das ursprüngliche System des Gesetzes aufrecht erhalten könnten und die durch unsern Beschluß bezüglich des Ausschusses vom Militärdepartement bezogene Inkonsequenz in der dritten Lesung wieder gut machten. Aus diesem Grunde würde ich auch die Zuchthausstrafe nach dem Antrage Bürger's beibehalten, namentlich, nachdem durch die Annahme des Antrages Meyer diese Strafe nur eintreten kann, wenn erlosige Gefinnung des Thäters angenommen werden muß. Diese Scheidung je nach der Gefinnung, aus der die That hervorgegangen ist, würde sich allerdings auch bei den sogenannten gemeinen Verbrechen durchführen lassen. Es lassen sich sehr wohl Fälle denken, wo auch hier die treibenden Motive durchaus nicht als erlosige bezeichnet werden können. Lassen Sie sich ein Beispiel aus meiner Praxis erzählen. Ein Vater, krank und eind, der seine Kinder nicht ernähren konnte, ging händelnd umher, griff durch ein Fenster und nahm ein Brod. Nach dem hannoverschen Strafgesetze wurde er zu einjähriger Zuchthaus verurtheilt. Hätte man seinen Richter gefragt, ob er die That für eine erlosige halte, er hätte gewiß mit Nein geantwortet. Den Maßstab dieser Frage kann man an jedes Verbrechen legen. (Abg. Wagener: Natürlich!) Der Abg. Wagener ruft: natürlich! Ich wünsche nur, daß wenn ich ihm die Rehrseite zeige, er sie ebenfalls natürlich findet. (Stürmische Heiterkeit.) Im Allgemeinen ist es jedoch richtig, daß bei den gemeinen Verbrechen persönliche Interessen, Rücksichten auf das eigene Ich die treibenden Motive sind, bei politischen dagegen die Rücksicht auf das Gemeinwohl. Dies haben wir deshalb zu dem entscheidenden Merkmal gemacht, denn Gesetze müssen nicht nach einzelnen Fällen, sondern nach der Regel konstituiert werden.

Bundeskommissar Dr. Leonhardt bekreitet die Richtigkeit der Ansicht des Vorredners, daß in Folge des gestrigen angenommenen Meyerschen Antrages in jedem Falle bei politischen Vergehen vom Richter berücksichtigt werden müsse, ob die That aus einer erlosigen Gefinnung hervorgegangen sei. Dies trete nur dann ein, wenn bei dem Vergehen selbst eine alternative Strafandrohung vorgelegen sei. Die Annahme des Antrages Bürger's hält Redner nach dem negativen Resultat der gestrigen Abstimmung für selbstverständlich und empfiehlt im Uebrigen den Antrag des Abg. Fürst Pleß.

Abg. Vasker: Wir stehen, wie ich denke, mit der großen Majorität des Hauses, nicht auf dem Standpunkte des Abg. Wagener, der gestern ganz unüberhüllt erklärte, daß er gegen den politischen Wegener jede Waffe zur Erlaubnis halte, daß er ihm, wenn möglich, nicht bloß die Freiheit, sondern auch Leben und Ehre abzunehmen bereit sei und sich ihm zu gleicher Behandlung bereit stelle. Er deutete bei dieser Gelegenheit auch auf sein Martyrium hin, das sich indessen, so viel mir bekannt, auf eine Anklage und demnachstige Begnadigung beschränkt. Wenn man behauptet, wir stellten durch unsere Anträge die Präsumtion auf, daß jeder politische Verbrecher ein Ehrenmann sei und daß das Gegentheil nur die Ausnahme von der Regel bilde, so ist dies durchaus unrichtig. Dem Richter oder dem Geschworenen liegt in jedem Falle die Frage vor, beruht die That auf einer erlosigen Gefinnung oder nicht; es ist das eine ganz einfache quaestio facti. Man wisse uns vor, wir gingen mit den Verbrechen viel zu zärtlich um, wenn wir selbst hier, beim Hochverrath die Annahme milderer Umstände zulassen wollten. Wir befinden uns da in einer peinlichen Lage, glauben Sie denn nicht, daß wir Beispiele, und zwar Beispiele aus nächster Nähe herholen könnten, um unsere Anfragen zu unterstützen? Wenn wir uns einer Berührung zu delikater Fragen enthalten zu müssen glauben, und uns selbst in der Diskussion eine Reserve auferlegen, so möchte ich Sie doch bitten, diese Zurückhaltung nicht zu unserem Nachtheil ausbeuten zu wollen. Das Gesetz will die gleiche harte Strafe für die Tödtung jedes einzelnen der 28 Bundesfürsten. (Auf: 22) es können auch 22 sein. (Heiterkeit.) Ja, Sie lachen darüber, die Sache hat aber doch auch ihre rechte ernste Seite. Nicht einmal einem Abgeordneten des Reichstags wird es als Unwissenheit angesehen, wenn er die Zahl der Bundesfürsten nicht kennt, und doch wollen Sie den Angriff gegen jeden derselben zu einem Hochverrath ersten Grades machen. (Es ist eine natürliche Unmöglichkeit, daß alle Bundesfürsten unsern Herzen gleich nahe stehen; das wird der Richter bei Abmessung der Strafe zu berücksichtigen haben und zu diesem Zwecke haben wir den etwas zarten Ausdruck unseres Antrages gewählt. Wollen Sie deshalb, weil Ihnen gerade im Augenblick kein geeigneter Fall ins Gedächtniß kommt, vorwiegend den Augenblick über ein Gesetz entscheiden lassen, von dem viele Jahre lang die Lebensschicksale Tauender abhängen werden? Sehen Sie so wenig Vertrauen in Ihre Richter und Geschworenen, daß Sie befürchten, bei Zulassung der Annahme milderer Umstände würden dieselben wirklich erlosige Handlungen mit einem nicht im Verhältnis zu der That stehenden Strafmaß be messen? Wenn der Abg. v. Patow sagt, lebenslängliche Festungshaft sei überhaupt fast keine Strafe mehr, so beweist er dadurch nur, daß er nie in der Lage gewesen ist, sich in dem Genuß seiner Freiheit bedroht zu sehen. Daß ich überhaupt das Unglück, daß wir hier über Verhältnisse entscheiden, deren Tragsweite und Bedeutung den Meisten gar nicht zum Bewußtsein kommt, weil sie ihnen ganz fremd gegenüberstehen. Wir stehen gleichsam wie die Götter über diesen Verhältnissen, und doch sollen die Gesetzgeber Menschen sein, Menschen, die die Zustände, welche sie für ihre Mitmenschen schaffen, selbst zu fühlen im Stande sind. Die Gesetze müssen dem Leben nachgehen, nur dann sind sie wahr, nur dann dauerhaft; dieses Gesetz aber ist es nicht, denn in ihm ist die Lüge (Beifall).

Abg. Graf Klett findet trotz alledem eine Idealisierung der politischen Verbrecher in den Anträgen des Abg. Meyer (Thorn). Schließe man die mildernden Umstände nicht aus, so habe man gar keine geeignete strenge Strafe für Jemand, der aus gemeinen Motiven einen Bundesfürsten tötete. Abg. Wagener wirft dem Abg. Vasker vor, daß er seine Worte unverantwortlich verdreht habe. Den Unterschied zwischen politischen und gemeinen Verbrechen habe er nicht geleugnet, sondern sei nur der Ansicht gewesen, daß der Entwurf demselben genügend Rechnung trage. Als Mär-

tyrer habe er sich nie hingestellt; übrigens sei im Jahre 1848 Abg. Vasker wohl noch zu jung gewesen, um die Vergangenheit des Redners aus jener Zeit zu kennen; wenn derselbe sich für seinen Lebenslauf jedoch interessire, werde er ihm gern privatim nähere Aufschlüsse darüber geben. — In Bezug auf die gestellten Amendements will sich Redner rein negativ verhalten, da ihm nach Befestigung der Todesstrafe und der Annahme des gestrigen Meyerschen Antrages alle Anträge unacceptabel gemordet sind.

Die Diskussion wird mit einigen persönlichen Bemerkungen geschlossen. Abg. Vasker erinnert Wagener daran, daß er von seinem Martyrium, speziell von dem, was er durch den Grafen Schwerin erlitten haben will, und von dem rücksichtslosen Kampf gestern gesprochen habe, den er gegen seine Gegner führen wolle und zu dem er sich den Gegnern darbiete. Sollte der stenographische Bericht etwas Anderes ergeben, so würde er (Vasker) seinen Irrthum gern bekennen. Abg. Wagener versichert nichts Anderes gesagt zu haben, als Biegler, der sich im Gebiet eines Theiles der Strafgesetzgebung als Sachverständigen bezeichnete.

Das Resultat der Abstimmung ist zunächst die einstimmige Annahme des Bürger'schen Antrages, sofern er das Verbrechen des § 78 als Nr. 1 des § 79 wieder aufnimmt; Meyers Antrag (lebenslängliches Zuchthaus oder lebenslängliche Festungshaft) wird in namentlicher Abstimmung mit 104 gegen 99 Stimmen angenommen, sodann die Zulassung milderer Umstände für alle Verbrechen dieses Paragraphen, auch für die Nr. 1 gegen den Antrag des Fürsten Pleß und v. Luchs mit sehr entschiedener Majorität genehmigt, desgleichen den Schlußsatz nach Meyer: „Neben der Festungshaft kann auf Verlust u. s. w. erkannt werden.“ Der so amendierte § 79 wird schließlich mit entschiedener Majorität, der sich auch viele Konservativen anschließen, im Ganzen angenommen. Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 11 Uhr. (Vertrag mit Belgien. Strafgesetze.)

22. Plenar Sitzung.

Berlin, 17. März. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesraths Delbrück, Leonhardt, Friedberg. Der Auslieferungsvertrag mit Belgien wird in dritter Beratung genehmigt und hierauf die zweite Beratung des Strafgesetzbuches fortgesetzt. Ohne Debatte wird § 80 angenommen, der die Vollendung der hochverräterischen Handlung juristisch definiert.

§ 81 lautet: „Haben mehrere die Ausführung eines hochverräterischen Unternehmens verabredet, ohne daß es zum Beginn einer nach § 80 strafbaren Handlung gekommen ist, so werden dieselben mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter zwei Jahren ein, neben welcher auf die in dem §. 79 bezeichneten Folgen erkannt werden kann.“

Hierzu beantragen 1) Meyer: a) Zuchthaus oder Festungshaft von gleicher Dauer; b. statt des zweiten Satzes: „neben welcher u. s. w.“ hinzuzufügen: einen neuen dritten Absatz wie zu (gestern) § 79. 2) Fürst Pleß: Zuchthaus oder Gefängnis.“ 3) v. Hoverbed: statt „Zuchthaus“ Festungshaft.

Abg. v. Puttkammer (Braunsbad) bittet in Konsequenz des gestrigen Beschlusses durchweg nach Meyer die Festungshaft neben dem Zuchthaus zuzulassen.

Abg. v. Steinmeier will den Unterschied der Strafarten auseinanderlegen. Die Zuchthausstrafe scheint hinreichend bekannt zu sein. Für den Soldaten sei sie entzührend, was daraus hervorgehe, daß gegen ihn auf diese Strafe nur dann erkannt werden könne, wenn er gleichzeitig aus dem Soldatenstande ausgeschlossen werde. Dasselbe gelte von der Strafe der Verurtheilung. Die Festungshaft sei eine sehr gelinde Strafe; sie bestuhe nicht in der absoluten Entziehung der Freiheit, sondern nur für gewisse Zeiten, während deren der Inhaftirte auf seinem Zimmer bleiben müsse, sich aber mit Lectüre beschäftigen könne, wenn sie nicht bedenklich sei. Eine so milde Strafe könne zur Hochverrath nicht verhängt werden, deshalb bitte er es bei der Bestimmung des Entwurfs zu belassen.

Abg. v. Kardorff wird für den Meyerschen Antrag stimmen, behält sich aber für die dritte Lesung einen Antrag betreffend die Stala der Strafen vor, die er in der allgemeinen Diskussion auseinandergesetzt habe, mit Rücksicht auf den schweren Hochverrath gegen das Bundesoberhaupt und gegen den Landesherren.

Abg. Bürger's hält die Annahme der Meyerschen Anträge wenigstens in der zweiten Lesung für eine logische Konsequenz des gestrigen Beschlusses.

Bundeskommissar Friedberg: Diese Konsequenz müssen die verbündeten Regierungen allerdings für die zweite Lesung, die kein endgültiges Resultat giebt, anerkennen; ich vermahne sie aber schon jetzt dagegen, als ob aus Ihren Beschlüssen über den Hochverrath Konsequenzen für den Landesverrath gezogen werden müßten, daß auch dieser mit der alternativen Strafe Festung oder Zuchthaus belegt werden könne; denn zwischen Hochverrath und Landesverrath besteht ein tiefer innerlicher Unterschied. Ihr gestriger Beschluß hat in das Strafgesetze ein Prinzip eingeführt, welches sich nicht nur von dem Grundsatz entzweigt, den Sie selbst in Art. 74 der Bundesverfassung aufgestellt haben, sondern auch von allen norddeutschen und allen mir sonst bekannten Gesetzgebungen. Die deutschen, die französische und die neueste belgische Gesetzgebung gehen von der Prämisse aus, daß für Hochverrath die schwerste Strafe als reguläre Strafe zu statuiren sei. Ich will Ihre Meinung von der Richtigkeit Ihres neuen Prinzips nicht befehlen, aber die öffentliche Meinung steht hinter demselben nicht. (Widerspruch.) Die Grundzüge für den Hochverrath können für den Landesverrath wohl im Gedanken als folgerichtig anerkannt werden, nicht aber juristisch-politisch. Habe ich zu wählen, dann will ich lieber logisch inkonsequent sein, als der Logik zu Liebe mit Traditionen brechen, die bisher in allen Gesetzgebungen der Kulturländer als Axiome gegolten haben und als Axiom galt es, den Landesverrath mit der schwersten Strafe heimzuführen.

Abg. Vasker: Den Vorwurf, daß wir gestern etwas der Verfassung Entgegenstehendes beschlossen hätten, weise ich zurück. Den Art. 74 stellen wir in Ermangelung eines einheitlichen Strafgesetzes nur der Kürze halber so auf, wie er lautet. Die Natur der Ausbeile trägt er deutlich in sich selber und er hat die Voraussetzung, daß Strafgesetze in den einzelnen Ländern bestehen. Er wird hinfallen, sobald wir ein Bundesstrafgesetz beschließen.

Abg. v. Hoverbed versichert auf eine Abstimmung über seinen Antrag; der des Abg. Meyer wird angenommen und mit diesem Amendement der § 81. — Ohne Debatte wird § 82 genehmigt, der die Vorschriften des § 81 auch auf denjenigen anwendet, welcher zu Vorbereitung eines Hochverrathes sich mit einer auswärtsigen Regierung einläßt oder die ihm vom Bunde oder einem Bundesstaate anvertraute Macht mißbraucht oder Mannschaften anwirbt oder in den Waffen einlät.

§ 83 lautet: „Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Schriften oder andere Darstellungen, welche verbreitet oder öffentlich angeschlagen oder öffentlich ausgestellt werden, zur Ausführung einer nach § 80 strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von 1 bis zu 5 Jahren ein.“

Dazu beantragen 1) Meyer a) statt der Worte „durch Schriften u. s. w.“ bis nach § 80“ zu setzen: „durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag, oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer bestimmten nach § 80“, b) in demselben Absatz statt „Zuchthaus“ zu setzen: „Festungshaft von einem“; c) in dem letzten Satz statt „von einem“ zu setzen: „von sechs Monaten“. 2) Fürst Pleß in § 83 und eventuell auch in der Fassung Meyers hinter „Zuchthaus bis zu 10 Jahren“ einzuschalten: „oder Gefängnis bis zu 15 Jahren.“

Abg. Evelt beantragt, in § 83 hinter den Worten „wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren“ einzuschalten: „oder Festungshaft von gleicher Dauer“. Bei der Abstimmung wird der Antrag Meyer a) b. und c. abgelehnt, zu a. ebenso wie der Antrag Evelt angenommen.

§ 84 wird in folgender Fassung angenommen: „Jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer (die gesperrten Worte nach Evelt) bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von 6 Monaten bis zu 3 Jahren ein.“

Zu § 85 („Ein Norddeutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen den Norddeutschen Bund zu veranlassen, wird wegen Landesverrathes mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft“) beantragt Meyer: a. hinter den Worten „5 Jahren“ zu setzen: oder mit Festungshaft von gleicher Dauer; b. in der letzten Zeile hinter „Zuchthaus“ zu setzen: oder lebenslänglicher Festungshaft; c. folgende zwei neue Absätze hinzuzufügen: Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren

und wenn der Krieg ausgebrochen ist, Festungshaft nicht unter 5 Jahren ein. Neben der Festungshaft kann u. s. w. im § 79, Absatz 3.

Abg. Meyer macht bei diesem Paragraphen, mit dem man zu dem Landesverrath gekommen ist, mit Bezug auf die den Landesverrath betreffenden Bemerkungen Friedberg's darauf aufmerksam, daß die allerwichtigsten Fälle des Landesverrathes bereits bei § 79 erledigt seien, daß man also schon mit Rücksicht auf die dort gefaßten Beschlüsse hier in gleicher Weise eine mildere Strafe festsetzen müsse. Ueberdies sei diese mildere Behandlung des Landesverrathes durchaus eine Konsequenz der Behandlung des Hochverrathes.

Bundeskommissar Leonhardt bittet um Ablehnung des Antrages und will namentlich bei dem hier behandelten Verbrechen keine mildernde Umstände zugelassen sehen.

Abg. Vasker: Wir wollen nur verhüten, daß die Gesetzgebung aus Mißtrauen gegen die Landesgerichte keinen Spielraum für solche Fälle läßt, in denen eine erlosige Gefinnung nicht vorhanden ist. Man sagt, Landesverrath sei immer erlos. Aber ich will Ihnen ein Beispiel aus unseren Tagen anführen, die hannoversche Legion, welcher der Landesherren, trotzdem sie schweren Landesverrath begibt, von vornherein Strafflosigkeit oder doch eine mildere Behandlung zugesichert hat. Denken Sie auch nicht, daß es sich hier um ein Interesse speziell der liberalen Partei handelt! Wo kommt denn das Verbrechen des Landesverrathes am häufigsten vor? Wo waren die französischen Emigranten, die erst durch die verbündeten Armeen wieder nach Frankreich zurückkamen? Wo sind die hannoverschen Emigranten? Es sind die Konserwativen, die hochadligen Kreise, wie können Sie also von einem spezifisch liberalen Interesse sprechen?

Bundeskommissar Leonhardt: Ich habe zu dem Richterstande gewiß alles mögliche Vertrauen, komme damit aber noch lange nicht zu dem Standpunkte des Hrn. Abg. Vasker. Wollte man von seinem Standpunkte aus konsequenz sein, so müßte man überhaupt gar keine bestimmten Strafen festlegen, sondern die Fixirung derselben in allen Fällen dem freien Ermessen der Richter überlassen. Man hat diese Ansicht in der That einst vertheidigt, ist aber davon zurückgekommen, und zwar, weil das namentlich für den Angeklagten bedenklich war. Die konsequente Weiterführung dieses Grundsatzes würde die vollständige Aufhebung des Begnadigungsrechtes des Monarchen zur Folge haben und rasselte in die Hände des Richters legen. Der schwerste Fall des Landesverrathes muß mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden. Allerdings können Fälle gedacht werden, in denen diese Strafe eine angemessene nicht ist, aber diese Fälle fallen unter die Gnade; derartige Fälle kommen bei allen Verbrechen vor, der Gesetzgeber kann nur die Regel aufstellen und die Ausnahmen der Gnade überlassen.

Abg. Graf Schwerin schließt sich dem vollständig an. — Abg. v. Hennig hebt noch einmal hervor, daß ganz dieselben Fälle, wie hier, bereits bei § 79 vorgelegen hätten und dort im Sinne des Meyerschen Antrages entschieden. Kein Mensch denke natürlich daran, die Gnade abzuschaffen zu wollen.

Bundeskommissar Friedberg: Im § 79 ist ein durchaus anderer Thatbestand enthalten und Sie selber haben jenen Paragraph als einen solchen anerkannt, der das Verbrechen des Hochverrathes enthalte. Hr. v. Hennig interpretirt jetzt den Paragraph ganz anders, als es nach seinem eigenen Beschlusse möglich ist. Jener Paragraph lautet: „Wer das und das unternimmt, soll wegen Hochverrathes bestraft werden, und in diesem Paragraphen heißt es: Wer das und das unternimmt, soll wegen Landesverrathes bestraft werden. Das ist gewiß nicht dasselbe. Das Verbrechen des Landesverrathes in § 85 kann nur ein Norddeutscher begehen, während die in § 79 bestimmten Strafen auch jeden Ausländer treffen können.“

Abg. v. Hoverbed: Es könnten im § 79 die Worte „wegen Hochverrathes“ ebenso gut fehlen, wie im § 85 die Worte „wegen Landesverrathes“, auf den Namen kommt es nicht an, es wird in beiden Fällen dasselbe Verbrechen begangen. Die mohlthätige Wärme des Grafen Schwerin für das Vaterland würde ihm helfen, die schwere Strafe des lebenslänglichen Zuchthaus für alle Fälle durchzusetzen. W. H., im norddeutschen Bunde und sogar in diesem Saale sind Männer, die nicht derselben Nationalität wie wir angehören, die wo andershin gravitiren und die ihr Vaterland möglicherweise nicht im norddeutschen Bunde suchen würden. Man kann das für einen Irrthum halten, aber es für eine Ehrlosigkeit zu erklären, scheint mir ein schweres Unrecht zu sein. Was Herr Leonhardt über die Gnade sagt, ist recht schön, aber wir haben nicht von vornherein Gnade zu lassen, die dann durch die Gnade ausgefüllt werden sollen; die Gnade soll nur da eintreten, wo das Gesetz überhaupt keine Norm aufstellen kann. (Bravo!)

Abg. Gumbrecht: Landesverrath ist auf dieselbe Linie zu stellen mit jedem gemeinen Verbrechen, das aus ehrenhaften Motiven hervorgehen kann und dennoch mit Zuchthaus bestraft wird.

Abg. Vasker: Es ist ein wahres Glück, daß dem Hrn. Vorredner dies erst bei dem gegenwärtigen Paragraphen eingefallen ist (Heiterkeit), sonst würde er wahrlich auch beim § 79 und nicht mit seiner Stimme geholfen haben. Er verwechselt die Schwere des Verbrechens und dessen Ehrlosigkeit. Es wird ja von einem jeden Hoch- und Landesverrath als in jeder schwersten Verbrechen angesehen werden, ein unter allen Umständen entzührendes aber ist es gewiß nicht. Die Regel ist, daß gewisse abnorme Verhältnisse des Landes, welche individuell beurtheilt werden müssen, zu dem Verbrechen des Landesverrathes Anlaß geben; daß ein Mensch aus schmuggigen Motiven den Landesverrath ausübt, das ist die Ausnahme und diese schmuggigen Motive werden von jedem Gerichte nach Gebühr ihre Beurtheilung finden. Diejenigen also, welche sagen, sie wollen sich von der Regel leiten lassen, die stehen auf unserer Seite, Landesverrath aus erlosiger Gefinnung ist die Ausnahme. Was haben wir denn 1864 in Schleswig-Holstein gegeben? Die Schleswig-Holsteiner haben sich gegen ihren Landesherren aufgelehnt, um an Deutschland anzuschließen zu werden und wenn die Veretigung nicht gelungen wäre, so würden wir Dänemark die schwersten Strafen verhängt haben sehen. Aber würden Sie entzührende Strafen für gerechtfertigt gefunden haben? Unsere neueste Zeit gerade giebt uns Beispiele in Hülle und Fülle für unsere Auffassung. Die Gnade hat nur die Bedeutung, daß ein formell abgeschlossenes Erkenntniß wieder aufgehoben werden soll. Besondere Gesetze unterlagen es ausdrücklich, daß die Gnade eintritt, ehe nicht die Gnade bis zum Erkenntniß gediehen ist; es ist die Idee des Gesetzes, daß zunächst festgestellt werden soll, was das Gesetz fordert. Aber mit der Strafzumessung hat die Gnade nichts zu thun; sie ist nicht dazu da, ein hartes Strafmaß zu verbessern; damit würden Sie den Monarchen zum Richter, zu einem Kassationshof machen; dadurch ziehen Sie das Amt des Königs herunter, statt es zu erhöhen. (Bravo!)

Bundeskommissar Leonhardt: Meine Ausführungen über die Gnade sind durchaus mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß sie die Läden der Gesetzgebung ausfallen solle, das wäre eine so ungemein schäfer Ansicht, daß ich nicht wüßte, wie überhaupt ein veränderlicher Mensch dazu kommen könnte. Ich gehe davon aus, jedes, auch das vollkommenste Gesetz hat in einzelnen Fällen immer Unzutrefflichkeiten; der Gesetzgeber kann nie die unendliche Möglichkeit der Fälle übersehen, und auch, wenn er sie übersehen könnte, doch durch das Wort nicht greifen. Deshalb steht neben dem Rechte die Gnade. Aber das sind immer Fälle, die außerhalb des Rahmens der gewöhnlichen Fälle liegen. Nischen Sie doch in Rechtsverhältnisse und in Rechtsgrundsätze nicht politische Rücksichten ein.

Abg. Ryger beantragt, dem § 85 den Zusatz zu geben: Doch finden die in diesem Abschnitt erwähnten Strafbestimmungen auf Nordschleswig keine Anwendung. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Schwerin: Der Nachdruck liegt in diesem Paragraphen auf den Worten: „wer sich mit einer ausländischen Regierung einläßt“. Ich kann mir wohl denken, daß jetzt Theile des Bundes nur ungern zum Bunde gehören. Machen sie sich doch in diesem Paragraphen statuirten Verbrechen schuldig, so will ich sie wohl mit Strafe, aber nicht mit den härtesten belegen. Der Fall für die härteste Strafe tritt aber ein, wenn sie die Franzosen oder Russen zu Hilfe rufen. (Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Vofen, 18. März.

Am 14. d. M. Vormittags fand im Mythuschen Saale eine Versammlung der Mitglieder der Hagel- und Viehversicherungsbank zu Berlin, welche unserer Provinz angehören auf Grund einer von den Herren Raparalowitz

92 95. 4017 66 95 98 114 63 233 62 71 383 430 557 605 27
743 79 802 3 12 83 957 5053 (60) 69 82 100 334 72 79 (60)
88 408 41 54 65 75 581 604 62 76 97 722 27 812 20 67 933
50 87 (60). 6067 (80) 139 278 (60) 313 (50) 47 84 400 74 555
60 84 86 630 37 84 709 19 68 70 321 24 94 944 68 83. 7085
180 201 52 (20) 3:0 52 60 611 703 895 932. 8021 25 36 65
95 106 200 14 27 307 17 33 84 411 (50) 48 504 12 83 612 90
91 719 817. 9041 64 (50) 92 111 14 57 23 231 37 87 363 80
31 92 420 (50) 54 74 508 47 84 89 606 45 65 718 74 (63) 843
49 91 910 75 (300).

544 627 37 61 746 818 950 63 67 (50) 85. 36,015 29 259 303
(50) 18 70 441 45 81 503 36 60. 81 87 814 910 72. 37,025 58
79 91 108 206 82 432 33 517 23 75 601 84 742 71 93 96 813
(60) 72 944 47. 38,014 85 92. 107 14 44 75 85 200 43 312 62
76 400 37 40 49 (50) 507 59 60 69 82 600 10 70 72 91 93 751
834 55 83 93 (80). 39,056 64 172 242 84 97 321 63 413 20 81
90 570 92 603 7 24 29 72 705 13 90 883 95 929.

16 826 52 75 913 85 56 68 75. 68,021 80 183 227 (60) 48 94
332 34 95 510 24 33 52 97 (60) 637 44 (80) 837 55 949 (50).
69,069 183 213 27 58 321 75 96 413 530 618 79 94 716 45
826 52 919 25 46 70 76 78 90.
70,039 (60) 64 94 239 (50) 94 433 37 506 68 76 99 684 736
(60) 39 61 66 816 57 949. 71,010 121 235 55 80 88 314 (600)
50 56 60 80 446 556 774 98 (50) 812 70 82. 72,012 168 72 251
91 (50) 407 46 500 47 67 84 609 40 87 47 717 44 61 64 808 5
93 968. 73,106 250 70 (80) 310 97 405 (50) 601 12 36 732 51
806 934 39. 74,018 29 119 (100) 257 94 316 63 415 636 39 49
(50) 51 (50) 704 806 22 31 70 916. 75,028 125 212 302 26 58
66 (100) 444 91 99 554 67 (60) 78 767 863 966 74. 76,021 113
34 (50) 69 216 31 42 457 503 42 47 67 603 (50) 63 88 746 88
95 (50) 808 (50) 12 30 42 929 98. 77,092 (50) 153 93 294 97
302 26 63 429 38 72 501 27 37 51 59 603 42 53 749 71 811 944
74. 78,038 (50) 41 220 54 94 360 410 34 43 (60) 56 506 8 56
87 683 792 841 52 (60) 58 66 934 40 76. 79,012 76 134 82 261
(50) 79 448 552 56 80 603 9 35 78 823 32 58 59 926 43 94.
80,133 (50) 71 73 76 246 392 (50) 400 77 540 633 72 731
71 78 (50) 916. 81,147 200 2 95 99 361 411 25 84 528 672 88
714 81 813 33 66 924 36 (50) 49 72 73. 82,041 56 90 (50) 286
327 403 529 602 8 50 57 91 715 72 88 826 45 98 908 42 65 87.
83,004 13 54 89 170 204 51 36 61 331 73 469 72 577 95 604
82 758 86. 84,055 76 148 60 72 77 242 47 92 316 42 72 90 414
40 514 61 600 5 47 61 69 91 725 37 803 22 29 (100) 86 975.
85,005 29 73 77 112 52 62 (60) 244 65 68 365 95 498 524 628
51 736 41 82 86 804 (60) 12 35 48. 86,036 51 79 84 120 54 93
227 37 63 304 7 47 416 523 30 778 97 881 88 993. 87,002 42
60 69 103 77 83 245 88 92 93 403 44 500 6 10 650 787 800
4 65 989. 88,072 82 100 80 261 305 73 467 510 77 633 62
(200) 789 94 851 88 915 81 (200) 96 99. 89,085 108 59 97 207
24 25 52 69 96 354 416 67 88 514 35 99 634 48 69 91 94 705
41 (50) 69 82 90 877 78 88 (50) 923 (60) 66 88.
90,205 97 306 77 91 465 98 589 716 25 63 87 997. 91,010
70 78 236 59 83 318 75 86 404 39 99 772 (80) 815 40 959.
92,058 61 63 97 147 84 94 280 324 497 (50) 501 17 30 (60) 600
18 703 30 840 (50). 93,046 116 35 38 50 83 239 75 369 433 509
12 607 47 50 98 776 50 837 99 909 20 21 41. 94,185 245 (80)
55 411 (50) 21 503 13 34 64 98 (50) 705 19 25 55 95 803 33 90
(50) 929 39 66.

Der im Schlesisch-Sächsisch-Thüringischen
Verband-Güter-Besitzer vom 18. Januar c.
ab in Kraft getretene 5. Nachtrag zum Tarif
und Reglement vom 1. September 1868,
enthaltend anderweite Tariffätze für Getreide-
sendungen nach Leipzig loco von Stationen der
Oberschlesischen, Wilhelms- und Nieder-
schlesisch-Märkischen Eisenbahn ist bei den
Stationen der Verbandstationen zum
Preise von 1 Sgr. pro Exemplar käuflich zu
haben.

Breslau, den 14. März 1870.
Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.
Nachdem in dem Konkurse über das Ver-
mögen des Kaufmanns Albert Krotoschiner
zu Ostrow der Gemeinschuldner die Schlie-
fung eines Allokats beantragt hat, so ist zur
Erörterung über die Stimmberechtigung
der Konkursgläubiger, deren Forderun-
gen in Ansehung der Richtigkeit bisher streitig
geblieben sind, ein Termin

auf den 21. März 1870,
Vormittags 11 Uhr,
in unserm Gerichtstotal, Terminzimmer Nr. 1,
vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt
worden. Die Befehligten, welche die erwäh-
nten Forderungen angemeldet oder bestritten
haben, werden hieron in Kenntniss gesetzt.
Ostrow, den 9. März 1870.
Königliches Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses.

Nothwendiger Verkauf.
Breschen, den 23. Oktober 1869.
Königliches Kreis-Gericht
zu Breschen.

Die zu Lippe unter Nr. 4, 5, 12, 14,
16 A, 16 B, 19 und zu Gorzyce Guben
Nr. 21 belegenen, dem Theophil Przu-
myski und dessen Ehefrau Valeria geb.
Parczewska gehörigen Grundstücke, ab-
geschätzt auf 5817 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., zu-
folge der nebst Hypothekenschein und Bedin-
gungen in der Registratur einzusehenden Tage-
soll

am 13. Juni 1870,
Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hy-
pothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung
aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben
ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte
anzumelden. Die nachbenannten Interessenten,
deren Aufenthalt oder Rechtsnachfolger nicht
zu ermitteln sind, werden hiermit öffentlich
vorgelesen:

die Josepha Rutkowska, verehe-
lichte Janak Cierznial.
Alle unbekannteten Realprätendenten werden
zu diesem Termine bei Vermeidung der Prä-
klusion vorgelesen.

Zur Nachricht.
Das Grundstück in der Stadt Miloslaw,
Nr. 6, welches am 14. Mai d. J. zu Breschen
im Wege der notwendigen Subhastation
verkauft wird; am Markte gelegen ist, wo-
selbst seit über 50 Jahren eine Gastwirth-
schaft und Schnittwaaren-Geschäft
und noch jetzt mit gutem Erfolge betrieben
wird.
Miloslaw, im März 1870.
W.K. Krzyzanowski.

Das aus den freiconservativen
Fraktionen des Landtages und
des Reichstages gewählte Co-
mité, welchem die Organisation der Partei
für die bevorstehenden Wahlen übertragen ist,
hat sich konstituiert und wird in Berlin ein
ständiges Bureau errichten.

Dieses Bureau hat die Bestimmung, auf
Anfragen von Parteigenossen Auskunft zu
geben, sowie die Meldungen und Mittheilun-
gen derjenigen Herren entgegen zu nehmen,
welche für die Organisation der Partei in den
einzelnen Bundesländern resp. Provinzen, event.
für die einmalige Bildung von Provinzial-Co-
mités thätig zu sein gewillt sind.
Die Adresse des Bureaus wird baldigh
öffentlich bekannt gemacht werden und bitten
wir bis dahin, bezügliche Correspondenzen
unter der Adresse des mitunterzeichneten Reichs-
tagsmitgliedes Dr. Friedenthal - Doro-
theenstrasse 8 - aufgeben zu wollen.
Berlin, den 12. März 1870
Fürst Hohenlohe. Herzog von Ujest
Dr. Künzer. Dr. Achenbach.
Dr. Aegidy. Graf Bethusy-Hue.
Dietze. Dr. Friedenthal.
v. Kardorff. A. v. Knesebeck.
Graf zu Münster. de Nys.

Auktion.
Montag den 21. März c., von 9 Uhr
des Morgens ab, werde im Auftrage eines
auswärtigen Hauses, Neust. 5a, Bazar, (früher
Hobanowskischer Baden) eine Partie diesjäh-
rige moderne Winterherren-Garderobe, be-
stehend aus: Ueberzieher, Jaquettes,
Favelots u. gegen sofortige Zahlung öffent-
lich meistbietend verkauft.
Drange, Auktions-Kommissarius.

Eine im besten Betriebe befindliche
Mineralwasser-Fabrik
mit ausgebreiteter Stadt- und Provinzial-
Kundschaft ist unter günstigen Bedingungen
umstandshalber billig zu verkaufen. Gest.
Adr. Berlin poste rest. sub H. H. 42.

Ein Gut in Westpreu-
ßen, eine Meile von der Kreisstadt, mit
circa 1300 Morgen Areal, sehr gutem Wiesen-
verhältniß, Brennerei, Stegelei, Kalkbrennerei,
neuen massiven Gebäuden, großem Torflager,
ist mit allem Zubehör mit einer Anzahlung
von 18 bis 22 Tausend Thlr. zu verkaufen
forderung 50 Tausend Thlr., Hypothek fest, Restauf-
geld kann mehrere Jahre unzulässig stehen
bleiben. Offerten sub X. 9391 befördert
die Annoncen-Expedition von Rudolf
Mose in Berlin.

Kaufgesuch einer Besizung.
Eine Besizung im Preise bis 500
Tausend Thlr. wird in der Provinz Posen
zu kaufen gesucht.
Offerten bittet man unter M. v. B.
franko Expd. d. Zeitung einzusenden. Offerten
ohne Gutsnamen, bleiben unbeachtet,
alter Besiz erhält den Vorzug.

Ein Gut 500 Morgen.
groß, 1/2 Meile von einer größeren Kreis-
stadt Westpreußens und Bahnhofe der Schnei-
demühl-Dirschauer Eisenbahn entfernt, ist so-
fort zu verkaufen.
Auf dem Gute ruhen baare Gefälle. Das-
selbe hat 80 Morg. 2 bis 3 schntige Wiesen
und eine rentable Gärtnerei. Anzahlung 12
bis 15000 Thlr. Adressen sub C. 9693
nimmt die Annoncen-Expedition von Rudolf
Mose in Berlin entgegen.

Ein in der Stadt Kornit, in gutem bau-
lichen Zustande erhaltene Windmühle nebst
Wohnhaus, Stallung, Garten und 4 Morgen
guten Acker, beabsichtigt sogleich zu verkaufen,
der Besizer August Unger zu
Kornit.

Ein Gut im Herzogthum Posen, wozu
16,000 Thlr. Anz.
genügen, wird zu kaufen gef. Offert. nimmt
entgegen, der Kfm. L. Cohn zu Berlin,
Wollanstr. 16.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)
heilt brieflich der Specialarzt für Epilepsie Doctor O. Killisch
in Berlin, Mittelstraße 6. - Bereits über Hundert geheilt.

Auflösung
der
Hagel- und Viehversicherungs-Bank
für Deutschland
in Berlin.

In der gestrigen Versammlung, repräsentirt durch eine Ver-
sicherungssumme von 234,000 Thlr. ist beschlossen worden, die
Auflösung herbeizuführen und die Unterzeichneten sind zur Vornahme
der erforderlichen Schritte bevollmächtigt worden.
Wir ersuchen nunmehr diejenigen Herren Mitglieder, welche mit
der Auflösung einverstanden sind, hiermit ergebenst, die vorjährigen
Policen mit einer Beitrittserklärung dem unterzeichneten p. Ramcke
auf Chociszewo bei Schocken übersenden zu wollen.

Graf v. Arco, Bronczyn.
Ramcke, Chociszewo.

Dampf-Kunstfärberei, Druckerei
und chemische Waschanstalt
von F. Steuding,
Frankfurt, Magdeburg, Breslau, Liegnitz, Landsberg a. W.,
Güstrin, Gr. Glogau, Bromberg, Danzig,
in Posen
Wilhelmsstraße Nr. 8.
Röcke, Mäntel, Paletots, Uniformen, Beinkleider, Westen, Gesellschafts- und Hauskleider,
unzertrennt mit jeglichem Besatz, Shawls, Tücher, Mäids, Teppiche u. werden in kürzester Zeit
gewaschen; geeigneten Falls auf chemisch trockenem Wege gereinigt.
Färberei und Appratur für seidene, wollene und gemischte Stoffe.
Färberei und Ressort für werthvolle seidene Kleider (Färben in gespannter Lage.)
Moire antique und Moire français für alle sich dazu eignenden Stoffe.
Druckerei aller Arten seidenen, wollenen und gemischten Stoffe (größte Musterauswahl.)
Bleicherei und Druckerei für verblüchene od. unmodern gewordener Organdy-
Mulls und Chaconettkleider (neuen Stoffen vollständig gleich.
Preise billig Zurücklieferung schnell.

Die durch den Tod des bisherigen Arztes
erledigte Praxis ist sogleich durch einen
thätigen Herrn zu belegen. Nähere Auskunft
ertheilt:
Rydzynwol

H. Blankenheim,
Apotheker.

Zu den Geisteswissenschaften
Militär-Bildungs-Institute
in Berlin, Alexandrinenstr. 66, an welchem
nur in ihrer fac. doc. geübte Fachlehrer un-
terrichten, so daß nachweislich stets günstige
Erfolge erzielt werden, beginnen am 1 April
neue Kurse zum Freiwilligen und Fähnrichs-
examen und zur Reise für Secunda und
Prima.
Die öffentliche Prüfung der Vorbereitungs-
klassen für die Realschule findet Sonnabend
den 19. d. M. von 9 Uhr an (von 9-11
deutscher, von 11-12 Uhr polnischer Coetus)
statt.
Krenneke.

Drainage
abernimmt unter soliden Bedingungen wie
Garantie der besten und möglichst raschesten
Ausführung O. Heyn. Näheres bei
Herrn Krupski, Breitestraße 14.
Ein Hügel ist Umzugshalber sogleich zu ver-
kaufen.
Näheres bei Frau Rechnungsrath Müller
in Gnesen.
Eine Parthe gebrauchter guter
Spiritusfässer steht zum Verkauf.
Näheres in der Expedition der Zeitung.

Berliner Unions-Brauerei

Commandit-Gesellschaft auf Actien

Herman Gratweil.

Grund-Kapital: 1,000,000 Thlr.

Der seit Jahren in rapider Weise sich steigende Bier-Konsum in hiesiger Stadt, welcher erfahrungsmäßig durch die Produktion der Berliner Brauereien nur zum Theil gedeckt werden kann, so daß ein bedeutender Import fremder Biere erforderlich geworden ist, sowie die unbestrittene Thatsache, daß alle hiesige Brauereien bei intelligenter Leitung und dem Vorhandensein ausreichender Betriebsmittel einen reichlichen Gewinn abwerfen, hat den Unterzeichneten die Anregung dazu gegeben, am hiesigen Orte

eine Brauerei auf Actien

in großartigem Maßstabe

zu begründen. Da die Herstellung eines neuen Etablissements mit mancherlei Unzuträglichkeiten und Gefahren für das Unternehmen verknüpft ist, namentlich die Baukosten erfahrungsmäßig die Voranschläge erheblich zu übersteigen pflegen, und bis zum Beginn der Fabrikation nothwendigerweise ein mehrjähriger Zeitraum vergeht, in welchem ein Gewinn von dem Unternehmen nicht erzielt werden kann, so haben die Unterzeichneten sich den Ankauf der bereits rühmlichst bekannten Etablissements der Herren Louis Gratweil und Söhne, welche in den letzten Jahren nach der Actien-Brauerei Tivoli von sämmtlichen hiesigen Brauereien das meiste Bier fabricirt und abgesetzt haben, unter soliden Bedingungen gesichert, und sich deren Vergrößerung als ihr Ziel gesteckt.

Diese Etablissements bestehen:

1) aus den zu Berlin in der Hasenhaide und zu Charlottenburg belegenen Grundstücken mit der darauf befindlichen Brauerei, den Mälzereien und den ausgehnten Kellereien, im Ganzen ein Areal von 3226 □ Ruthen umfassend,

2) aus dem auf 15 Jahre gepachteten Lokale „Gratweil'sche Bierhallen“ in dem Industrie-Gebäude, Kommandantenstraße 77—79 hieselbst.

Der Werth dieser Grundstücke und Lokalitäten und ihrer Einrichtung ist durch die Taxe mehrerer Baumeister und anderer Sachverständigen festgestellt, und sind die Kaufbedingungen der Art vereinbart, daß von dem Gesellschafts-Kapital 350,000 Thaler zur Vergrößerung der Brauerei und als Betriebs-Kapital verfügbar bleiben, eine Summe mehr als ausreichend, um die gegenwärtige Produktionsfähigkeit der Brauerei von 50,000 Tonnen pro Jahr auf 90,000 Tonnen zu erhöhen.

Erfahrungsmäßig liefert jede Tonne bairisches Bier durchschnittlich einen Reingewinn von 2 Thalern, was schon bei der jetzigen Production von circa 40,000 Tonnen jährlich eine Summe von 80,000 Thalern ergibt. Von diesen 40,000 Tonnen sind bisher im Detailverkauf an den Ausschankstellen der Brauerei etwa 8000 Tonnen abgesetzt worden, welche pro Tonne einen Mehrertrag von 5 Thalern — im Ganzen also von jährlich 40,000 Thalern — abwerfen; hierzu kommt, daß die Brauerei eine der größten und besteinrichtungen Deutschlands besitzt, die sämmtliches Malz, das gebraucht wird, in vorzüglicher Qualität herstellt, und dadurch der Gesellschaft bei der Fabrikation eine Ausgabe von etwa 10,000 Thalern jährlich erspart, so daß nach der üblichen Zurücklegung für den Reservefond und allen Abschreibungen schon

eine Dividende von mindestens 10 Prozent

zu erwarten steht.

Da die Anlagen der Brauerei eine Erweiterung derselben mit Leichtigkeit gestatten, und ausreichende Mittel hierzu bereit gehalten sind, so kann der Rentabilität des Unternehmens das beste Prognostikon und den Aktionären nach Ausführung des Vergrößerungsbaues eine sich immer mehr steigende Dividende in sichere Aussicht gestellt werden.

Eine weitere Garantie ist dem Unternehmer dadurch gewonnen worden, daß Herr Herman Gratweil jun., unter dessen technischer Leitung während 7 Jahren die günstigsten Erfolge in der Gratweil'schen Brauerei erzielt worden sind, es übernommen hat, als persönlich haftender Gesellschafter in die zu gründende Commandit-Gesellschaft einzutreten, und durch seine Betheiligung mit seinem Namen und seinem Vermögen der Gesellschaft die beste Bürgschaft für die Solidität des Unternehmens gewährt.

Die Umwandlung der Gesellschaft in eine Actien-Gesellschaft ist übrigens in den Statuten ausdrücklich vorgeesehen.

Das unterzeichnete Comité glaubt somit die Actien der Berliner Unions-Brauerei als eine vorzügliche Kapitals-Anlage dem Publikum empfehlen zu dürfen und ladet zur Zeichnung unter den nachstehenden Bedingungen ein.

Berlin, den 9. März 1870.

Das Gründungs-Comité.

Julius Guttentag,
Firma Gebr. Guttentag.

Herrmann Geber,
Direktor.

Ewald Hecker,
Rechtsanwalt und Notar.

Carl Hoppe,
Maschinenbau-Fabrik-Besitzer.

Georg Sackur,
in Firma Samelson & Sackur.

Bedingungen
zur Zeichnung auf 1,000,000 Thaler

bestehend
aus 5000 Actien à 200 Thaler
der

Berliner Unions-Brauerei

Commandit-Gesellschaft auf Actien

Herman Gratweil.

1. Die Zeichnungen erfolgen zu pari auf Grund des Gesellschafts-Statuts vom 9. März 1870

am 16., 17. und 18. März d. J.

bei den Herren:

Gebr. Guttentag in Berlin,
Samelson & Sackur in Berlin,
Gebr. Guttentag in Breslau,

Gebr. Sackur in Breslau,
Philipp Elmeyer in Dresden,
Knauth, Nachod & Kühne in Leipzig,

S. Frenkel in Nordhausen.

2. Bei der Zeichnung sind 10% des gezeichneten Betrages baar oder in Cours habenden Papieren zu deponiren.

3. Im Falle einer Ueberzeichnung tritt eine Reduction der Zeichnungen ein und wird das Resultat derselben spätestens drei Tage nach Schluß der Subscription bekannt gemacht werden.

Mit Bezugnahme auf obige Bekanntmachung nehme ich Zeichnungen

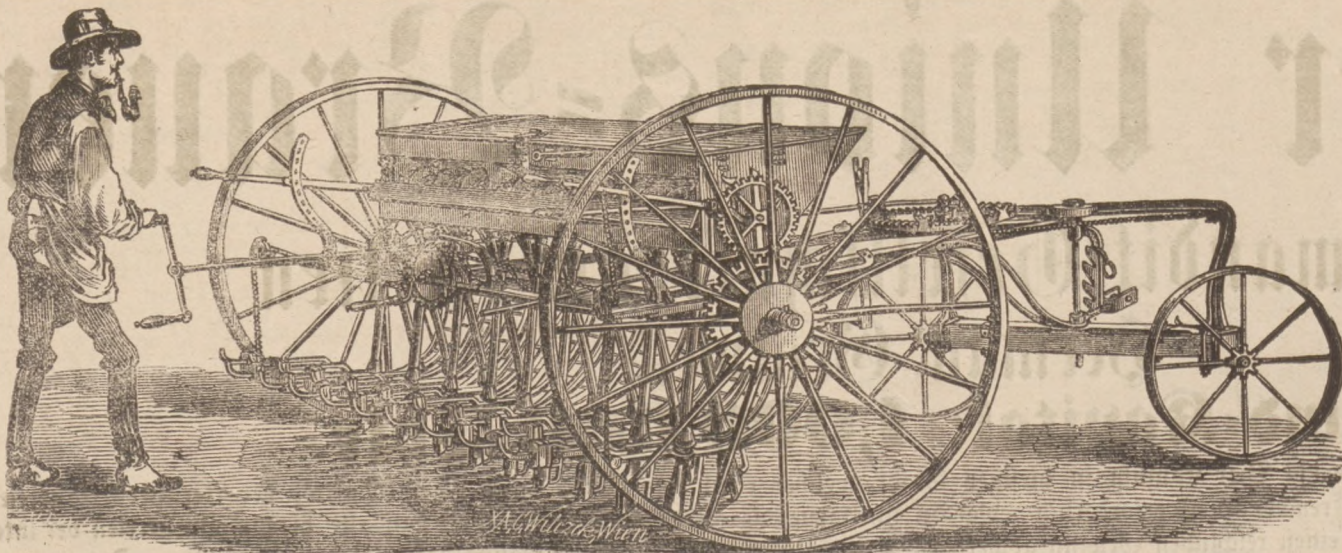
Mittwoch d. 16., Donnerstag d. 17. und Freitag d. 18. d. M.

entgegen. — Prospekte und Zeichnungsscheine werden in unserm Bureau ausgegeben.

Posen.

Moritz & Hartwig Mammoth.

Friedländer's Patent-Drill,



fast ganz aus Schmiedeeisen und schmiedebarem Guß, daher ungewöhnlich dauerhaft und leicht; tägliche Produktion 1 Stück.
Nähere Auskunft erteilt

N. v. Urbanowski.

Landwirthschaftliches Commissions-Geschäft

S. A. Krueger,

Posen, Friedrichstraße Nr. 32a,

offerirt ab Staffurt aus der Königl. Preuss. patentirten Kali-Fabrik von Dr. A. Frank zu Originalpreisen:

Kalidüngemittel und Magnesiapräparate

unter Garantie des Gehalts und empfiehlt dieselben zur nächsten Bestellung, namentlich zu Rapsdüngung, zu Kopsdüngung für Klee und für saure vermooste Wiesen.

Kali-Dünge-Salze

der Chemischen Fabrik von

Wünsche & Göring in Leopoldshall-Stassfurt.

Preis-Courant.

	Dtl	Sgr	Hg
1. Schwefelsaures Kali, 90—95 Procent à Zoll-Str. ab Staffurt	5	—	—
2. Schwefelsaures Kali, ca. 75 Procent	4	—	—
3. Schwefelsaure Kali-Magnesia:			
a) calcinirte	3	—	—
b) krystallisirte	2	12	6
4. Hohe Kali-Magnesia (präp. Kainit, 30—35 % Schwefel. Kali)	—	25	—
5. Hohes schwefelsaures Kali (20 pSt.)	—	15	—
6. Viehsalz	—	6	—

Friedrich Wünsche in Meseritz

übertragen, und steht bei demselben auf frankirte Anfrage Preis-Courant nebst Gebrauchsanweisung gratis zu Dienst.

Meseritz.

Superphosphate

bester Qualität, ff. ged. Knochenmehl, echten Peru-Guano, Kalifalze, sowie Specialdünger-Präparate offeriren unter Garantie des Gehalts

Dietrich & Co.,
Breslau.

Comtoir: Dhlauer Stadtgraben Nr. 27.

Gute trockene Fleichen, Reimleder,

Rind- und Schaf, ohne Kall, laufe jedes Quantum. — Franco Anstellungen mit billiger Preisnotirung werden erbeten.

Bitterfeld (Prov. Sachsen).
Theodor Kleeberg.

Obstbäume.

Birnen-, Aepfel- und Kirschbäume sind in den besten Sorten zu haben auf dem

Dom. Kobylepole bei Posen
Bestellungen sind zu machen bei dem unterzeichneten Gärtner

Albert Krause, Kunst- und Gärtnerei, Posen, Schützenstr. 13/14 empfiehlt sein Lager von frischen u. guten Gemüse u. Blumen-Saamen, so wie auch Sträucher, Stauden, Topfpflanzen etc. Preis Verzeichnisse auf gefälliges Abverlangen franco u. gratis.

Ein paar gute Zugpferde und ein Fohlen sind billig zu verkaufen. Berlinerstr. 12.

100 Scheffel Saatweiden,
15 Centner rothen Klee
verkauft das Dom. Trzemzal bei Trzemeszno.
(Probe auf Verlangen.)

Getraide.

Ein bestens empfohlenes und gut eingeführtes Haus in Dresden sucht die Commissions- resp. Konsignationsweise Vertretung respectabler Getraidegeschäfte. Offerten sind sub Chiffre C. S. restante Postexpedition Nr. 6. Dresden. erbeten.

Zur Saat.

3000 Centner ausgelesene, weißfleischige, sächsische Zwiebel-Kartoffeln habe ich franco Bahnhof Dels, Kempen oder direkt auf dem Dominium abzugeben

Kempen,
Reg.-Bez. Posen.
Isidor Lasker.

Wicken

verkauft das Dom. Kapachanie bei Koscietnia.

Matjes-Seringe

schönster Qualität empfiehlt

M. A. Lewin, Breitestraße 20.
Frische Tafelbutter ist wieder im Milchverkauf, Schloßstr. 83 b.

Lungen-Leiden. Schwäche-Zustände.

Radikale Heilung dieser Krankheiten nach Prof. Dr. Sampsons Methode, mittelst der schon von A. v. Humboldt in s. Kosmos empfohl. Coca, deren wunderbare Heilkräfte stets alle Südamerika-Reisenden in Erstaunen setzten. Dr. Sampson erzielt nach gründlichem Studium mit s. Coca-Pillen (I) die glänzendsten Resultate bei Brustleiden, selbst in vorgeschr. Stadien, und mit s. Coca-Pillen (II) die auffallendsten Kräftigungen bei geschwächtem Geschlechts-Nervensystem Näheres s. Broschüre gratis durch d. Mohren-Apothek in Mainz, franco.

P. P.

Durch Gegenwärtiges erlaube mir, Ihnen die ergebene Anzeige zu machen, daß ich außer meinen Depot's in Posen und Bromberg noch in Breslau ein

Central-Depot

ausländischer und inländischer Biere
unter der Firma

Friedr. Dieckmann

errichtet habe.

Sie bittend von nachstehendem Preis-Courant gütigst Notiz nehmen zu wollen, halte mein neues Unternehmen Ihrem geneigten Wohlwollen bestens empfohlen und zeichne

Hochachtend

Friedr. Dieckmann.

Preis-Courant. ab Breslau.

In 1/1, 1/2, 1/4, 1/8 Tonne und Original-Eimer und Gebinden	pro Flaschen 100	pro Glas ergl.	ab hier	
			franco Bahnhof	ab Brauerei
1. Gutes Lager-Bier, verschied. Brauereien	3 1/3		7 Ehlr.	1 6 3/4 Ehlr.
2. Gräher Märzen-Gesundheits-Bier, von C. Wächter in Prag	4		7 Ehlr.	1 5 1/2 Ehlr.
3. Bönisch Brauhaus-Bier von H. Knodlauch in Berlin	4 1/8		9 1/2 Ehlr.	1 7 Ehlr.
4. Berliner Aktien-Bier der Berliner Brauerei-Gesellschaft "Tivoli"	4 1/8		10 Ehlr.	1 7 1/2 Ehlr.
5. Dresdner Waldschlösschen-Lager-Bier	4 1/8		5 1/2 Ehlr.	1 4 Ehlr.
6. Pleisewitzer-Lager-Bier	4 1/8		5 1/2 Ehlr.	1 4 Ehlr.
7. Dresdner Felsenkeller-Lager-Bier	4 1/8		5 1/2 Ehlr.	1 4 Ehlr.
8. Dresdner Felsenkeller-Märzen-Bier	5		6 Ehlr.	1 4 1/2 Ehlr.
9. Leitmeritzer-Lager-Bier der Elbschloß Brauerei	5		6 Ehlr.	1 5 1/2 Ehlr.
10. Münchener Export-Bier von Ludwig Weg in München	6		6 3/4 Ehlr.	1 6 1/2 Ehlr.
11. Erlanger Export-Bier v. Franz Ehrlich in Erlangen	6		6 3/4 Ehlr.	1 6 1/2 Ehlr.
12. Culmbacher Export-Bier von George Sandler in Culmbach	6		6 3/4 Ehlr.	1 6 1/2 Ehlr.
13. Wiener Märzen-Bier v. Anton Dreher in Kl. Schwegat	6 2/3		7 1/2 Ehlr.	1 7 1/2 Ehlr.
14. Scht engl. Porter (Imperial) Barclay, Perkins & Co., London	12		55 Ehlr.	1 40 Ehlr.
15. Scht engl. Pale-Ale v. Alsopps & Sons in London	14		30 Ehlr.	1 22 Ehlr.

Alleinige Niederlage der bedeutendsten Brauereien des In- und Auslandes.

Der Versand in Flaschen geschieht nach außerhalb in Bachtischen zu 50 Flaschen, bei denen weder bei hin- noch Rücksendung Verpackung nöthig; für Expedition wird nichts berechnet; Damit keine Fälschung meiner Biere möglich, lasse allen Korben meiner Flaschenbiere, meine Firma einbrennen, worauf zu achten bitte.

Obstwein-Champagner

feinkster Qualität, welcher französischen Mouffez nicht nachsteht, erlasse ich per Flasche zu 12 Silbergroschen, bei größeren Aufträgen entsprechend billiger. Bestellungen nicht unter 12 Flaschen gegen Nachnahme

Schäumweinfabrik
G. A. Löffler junior.
Eprendingen bei Frankfurt a. M.

Brust- und Lungenleiden

sind Dr. Durogel's mexicanischer Balsam-Thee als sicherstes Heilmittel zu empfehlen.

Derselbe ist von Dr. Kriebel, prakt. Arzt in Berlin, Kommandantenstr. 7, à Poquet 1 Ehlr. incl. Gebrauchsanweisung zu beziehen.

Frühjahrs-Saison 1870.

Tuche,
Paletotstoffe,
Buxskins,
Westen, Shlipse,
Foulards etc.

Reise-Decken,
Reise-Plaids,
Schlaf-Decken,
Stepp-Decken,
Regen-Röcke etc.

Reichhaltigste Auswahl.
Billigste Preise!

Posen, Markt 63.

Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt).

Nothwendiger Ausverkauf.

Wegen Räumung des Geschäftslokals werden alle vorräthigen Gegenstände an Porzellan, Glas und Metallwaaren, ebenso Buchsachen bedeutend unter dem Einkaufspreise verkauft. Auch ist eine große vollständige Laden-Einrichtung, bestehend in Repostorten, Glaspinde, Ladentische, 2 Pulte, billig zu verkaufen.

Markt 92.
Gde der Bronnerstraße.

Für Spiritus-Brennereien!

Verbesserter
Maisch-Destillir-Apparat

für continuirlichen Betrieb.
Dieser durch den mitunterzeichneten Fabrikanten F. A. Römer verbesserte zweitheilige Colonnen-Apparat, bei welchem alle Mängel der bisher in Betrieb geführten continuirlichen Apparate, namentlich das Vorkommen von Verstopfungen, gänzlich beseitigt sind, eignet sich für Maischen jeder Art. Seine außerordentliche Leistungsfähigkeit ist bereits in einer größeren Brenneret genügend erprobt und hat sich dieselbe vollständig bewährt; es wird täglich mit demselben die Maische von 10 Wispel Kartoffeln innerhalb 10 bis 11 Stunden mit Leichtigkeit abdestillirt und dabei eine Ausbeute von 10 pSt. pro Quart Maischraum erzielt, wovon wir die sich dafür interessirenden Herren Brennereibesitzer durch eigene Anschauung gern überzeugen.
Die wesentlichsten Vorzüge des Apparats sind folgende: Große Leichtigkeit der Behandlung, geringer zu seiner Aufstellung erforderlicher Flächen- und Höhenraum, geringer Bedarf an Wasser und Dampf, somit Erparnis an Feuerungsmaterial, außerordentlich schneller Betrieb, Erzielung eines sehr reinen, 90 bis 94 pSt. Tr. starken Spiritus und Gewinnung vorzüglicher Schlempe, da der Lutter von derselben gänzlich geschieden wird.
Dieser vorerwähnte continuirliche, zweitheilige Colonnen-Apparat wird nur in unseren Fabriken gebaut, wir übernehmen für die Leistungen und Solidität vollste Garantie, und indem wir uns zur Anfertigung solcher Apparate empfehlen, erklären wir uns zur Ertheilung näherer Auskunft gern bereit.
F. A. Römer, Gustav Vollmann, Kupferwaaren-Fabrikanten in Cöthen. in Berlin, Bellealliancestraße 11.

Fette Kieler Sprouten empfang

J. N. Leitgeber.

Beste geräucherter Speckheringe in gros & en detail empfiehlt

M. A. Lewin, Breitestraße 20.
Breslauerstr. 16, sind 2 möbl. Stub. zu verm.

St. Martin 45 eine Wohnung von 3 Zimmern nebst Küche, im 3. Stock, vom 1. April d. J. zu verm. Das Nähere St. Martin 8 im ersten Stock zu erfahren.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten 1 Treppe, Heledrichstr. 7, bei Uhrmacher E. Günther.

Ein Gekladen ist vom 1. April ab billig zu vermieten. Näheres unter Chiffre W. in der Exped. dies. Bl.

Markt 92,

im ersten Stock, sind 2 Stuben und Küche vom 1. April e zu vermieten.

In Folge der plötzlichen heftigen Erkrankung einer Lehrerin wird für meine höhere evang. Privat-Lehrerschule in Gnesen eine

Lehrerin

zum sofortigen Antritt gesucht. Außerdem kann sich ein junges Mädchen zur Stütze in der Wirtschaft meiden. Reflectantinnen wollen gef. Zeugnisse und Lebenslauf baldigst an die Schulvorsteherin Frau Rector Pankow einfinden.
Gnesen.

Internationale Ausstellung Altona 1869, unter dem Ehrenpräsidium Sr. Excellenz des Hrn. Bundeskanzlers Graf Bismarck.

Verlosung der ausgestellten und prämiirten Gegenstände.

!Unwiderruflich!

am 31. März a. c. Beginn der Ziehung - Dauer 14 Tage.

Die Gewinnliste füllt 10 Druckbogen.

Wir versenden noch einige Tage Originallose dieser riesigen Verlosung gegen frankirte Einsendung, Postzahlung oder Nachnahme des Betrages

pr. Stück à 1 Thlr. 3 Sgr. incl. franco Zusendung der ganzen Gewinnliste.

Bei größeren Abnahmen Rabatt.

Erster Hauptgewinn eine vollständige Ausstattung, bestehend in Nußbaum-Möbilen (Renaissance-Styl) Silberzeug, Tischgedecke, Service, alle Gegenstände prämiirt oder außer Concours.

Werth 5000 Thaler.

- 2ter Gewinn 3000 Thlr.; 3ter Gewinn 1782 Thlr.; 4ter Gewinn 1620 Thlr.; 5ter Gewinn 1620 Thlr.; 6ter Gewinn 1485 Thlr.; 7ter Gewinn 1215 Thlr.; 8ter Gewinn 1120 Thlr.; 9ter Gewinn 1080 Thlr.; 10ter Gewinn 945 Thlr.

und so fort noch viele Tausende Gewinne.

Werth aller Gewinne über 1/4 Million Mark Court.

Die General-Agentur Isenthal & Co., Hamburg.

P. S. Da die Bestellungen wegen baldigen Beginn der Ziehung außergewöhnlich reichlich anlangen, ersuchen wir das P. T. Publikum den einfachsten Weg, die jetzt übliche Postkarte zu benutzen, darauf aber genau Namen und Adresse zu bemerken.

Für eine achtbare deutsche Familie, unweit der Grenze im Königreich Polen, wird eine Gouvernante gesucht, welche 2 Mädchen in Musik, Deutsch und Französisch Unterricht ertheilen kann. Nähere Auskunft ertheilt Julius Jaffe, Posen, Wasserstr. 15.

Ein geübter, hier wohnender Bureau-Gehülfe findet vom 1 April c. ab Unterkommen im Bureau des Rechts-Anwalts Plet.

Dom. Luffowo, Kr. Posen, sucht zum 1. April oder früher einen unverheiratheten, beider Landessprachen mächtigen, zuverlässigen

Wirtschaftsassistenten, der die Rechnungen zu führen und die Hofverwaltung zu besorgen hat. Meldungen von Werbern, die solche Stellung schon inne gehabt haben, werden ermartet. Gehalt nach Vereinbarung bei freier Station.

Dom. Stryhowo bei Stensjewo sucht zu Georgis d. J. einen verheiratheten Förster, beider Sprachen mächtig, der gut schreiben kann, und mit der Waldkultur Bescheid weiss. Nur solche werden berücksichtigt, die sich persönlich vorstellen und durch gute Atteste empfehlen.

Original-Staats-Prämienlose sind geselich gestattet.

Neueste Geldverlosung. Nur 2 Thaler

baar oder gegen Postanweisung kostet ein Original-Staatsloos zu der am 20. April d. J. beginnenden großen Geldverlosung, worin

Mehrere Millionen

in Treffern von 250,000, 200,000, 150,000, 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 40,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000, 4000, 3000, 2000, 1000 u. s. w. in der Kürze zur Entscheidung gelangen.

Ganze Originallose 2 Thlr. Halbe do. 1 Viertel do. 15 Sgr.

Es werden nur Gewinne gezogen. Die Auszahlung geschieht baar durch Unterzeichneten in allen Städten Deutschlands; Ziehungslisten, sowie Pläne werden gratis ausgegeben

Auf der Domaine Laziska bei Wogrowitz wird zum 1. April ein deutscher, der polnischen Sprache mächtiger Wirthschaftsbeamter, welcher mit der Buchführung vertraut ist, zu engagiren gewünscht. Gehalt nach Leistungen.

Das Dominium Luffowo bei Tarnowo sucht zum 1. April einen Wirthschaftsschreiber, Gehalt 80 Thlr. und darüber nach Leistung, bei freier Wäsche.

Mehrere tüchtige Former finden sofortige und dauernde Beschäftigung in der Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt von Gotthard & Kohrig in Brieg Reg.-Bez. Breslau.

Für mein Destillations-Geschäft suche zum sofortigen Antritt einen Lehrling. Jacob Warzawski, Alter Markt Nr. 9.

Ein junger Mann (Secundaner) kann als Lehrling in der rothen Apotheke eintreten. A. Pfahl.

Zum 1. April wird vom Dom. Kiohietnica ein zweiter Beamter gesucht.

Wirtschaftsterin gesucht zum 1. April oder Mai, womöglich Wittwe, ohne Anhang, in ges. Jahren, für ein kleineres Gut mit bedeutender Viehhaltung. Gehalt 50 Thlr. Offert. fr. poste rest Wschewen, Ch. S. I.

Ein theoretisch und praktisch gebildeter deutscher Landwirth, der polnischen Sprache mächtig, bereits 20 Jahre beim Fache, sucht Stellung als selbstständiger Beamter zu Johanns oder frühe. Offerten bittet man unter P. Th. in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Ein junger Mann, in Buchführung und Correspondenz bewandert, sucht für Comptoir oder Lager unter bescheid. Anspr. Engagement Offerten P. W. 20. an die Exped. d. Bl.

Ein mit guten Beugnissen versehener Müllermeister, evangelisch, der polnischen sowie deutschen Sprache mächtig, seit längerer Zeit als Dampfmaschinen-Werkführer in Kondition, sucht ein derartiges anderweitiges Engagement. Gefällige Offerten werden unter Biffer P. A. Nr. 199 der Posener Zeitung erbeten.

Ein verh. Schäfer, der als solcher 19 Jahre und in letzter Stellung 13 Jahre thätig ist, sucht a. Johanns einen anderw. Schäfer-Posten. Adr. unt. O. K. poste restante Gr. Damm.

Stuchaj Panio Klapka, Jaka z Ciebie gapka Ocyz me przyrzęz I to Ci wywrözę: Za weksel zwrócisz pieniądze A za oszukawcze żądze, Do Rawicza możesz sprostać, Gdzie Cię tego będą chłostać.

Klapeczko jakże z frakiem, Klapko nie bądź lajdakiem, Żeby czasem z ekspiekarzem Nio przyszło siedzieć razem.

Ein Ingenieur-Kalender pro 1868 enthaltend diverse Notizen, ist verloren gegangen, eine angemessene Belohnung Demjenigen, der denselben in der Exped. d. Bl. abgibt.

Ein Pfandbrief der Westpreussischen Landschaft Litt. C. 455 über 100 Thlr. ist gestern gestohlen worden. Vor Ankauf wird gewarnt.

Bibliothek Schubertiana.

Preisverzeichniss der in meinen Besitz übergebenen werthvollen Bibliothek des berühmten Historikers und Statistikers Professor Schubert zu Königsberg Erste Abtheilung: Statistik, Staatswissenschaft, Handel, Genealogie, Heraldik, Numismatik, Freimaurerei, ist erschienen. Zusendung auf Verlangen franco, gratis durch jede Buchhandlung oder direct. Emanuel Mai in Berlin, Leipziger Platz 15.

Die Coiffüre, Spezial-Zeitung für das Buchfach

beginnt soeben das II. (Frühjahrs) Quartal. Abonnementspreis 25 Sgr. pro Quartal. Monatlich 2 Nummern mit je einem colorirten Modebilde der neuesten Modelle in Hüten, Hauben etc. und einen deutlich beschreibenden Text. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postämter des In- und Auslandes an. Verlag von Siegfried Kronbach, Berlin.

Verlosung des jüdischen Lödtervereins: Sonntag den 20., Mittag 2 Uhr im Kolosseum, Wronkerstr. 4.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 20. März, Vorm. 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. - Nachmitt. 2 Uhr: Herr Oberprediger Klette. Dienstag den 22. März (Königs Geburtstag), Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Schönborn. Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr, vierter Passions-Gottesdienst: Herr Pastor Schönborn.

Petrkirche. Sonntag den 20. März, früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konfistorialrath

Dr. Soebel. - Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Soebel. Dienstag den 22. März, früh 10 Uhr, zum Geburtstag Sr. Majestät des Königs: Herr Konfistorialrath Dr. Soebel.

Mittwoch den 23. März, Abends 6 Uhr, dritter Passions-Gottesdienst: Herr Konfistorialrath Dr. Soebel

St. Pauli-Kirche. Sonntag den 20. März, Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlfeier. - 10 Uhr, Predigt: Herr Prediger Perwig. - Abends 6 Uhr: Herr Prediger Perwig.

Dienstag den 22. März, zur Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs, Vormitt. 10 Uhr, Predigt: Hr. Prediger Perwig. Freitag den 25. März, Abends 6 Uhr Passions-Gottesdienst.

Garnisonkirche. Sonntag den 20. März, Vorm. 10 Uhr: Herr Divisionspfarrer Dr. Steinwender. Nach dem Gottesdienst ist Beichte und Abendmahl. - Nachm. 5 Uhr, Abendgottesdienst: Herr Militär-Oberpfarrer Händler.

Dienstag den 22. März, zur Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs, Vormitt. 10 Uhr: Herr Militär-Oberpfarrer Händler. - Nachmitt. 5 Uhr: Passions-Gottesdienst: Herr Divisionspfarrer Dr. Steinwender.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 20. März, Vormitt. 9 1/2 Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. - Nachmitt. 3 Uhr: Derselbe. Mittwoch den 23. März, Abends 7 Uhr, Passionspredigt: Herr Pastor Kleinwächter.

In der Parochie der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 11. bis 18. März: getauft: 11 männliche, 3 weibliche Pers., gestorben: 7 männliche, 3 weibl. Pers., getraut: 3 Paar.

Sonntag Abend 6 Uhr in der St. Pauli-Kirche wird Herr Prediger Perwig über

לָא יוֹן רוּחַ בְּאֵרֶם לְעוֹלָם oder: „Der Konflikt des Lebens“ predigen.

Familien-Nachrichten.

Heute Mittag 1/1 Uhr wurde meine geliebte Frau Elise, geborene Raft, von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.

Posen, den 17. März 1870. Albert Dümke.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fr. Auguste Müller in Wismar r it dem Hrn. Franz Meyer in Berlin, Fr. Helene Fleischhauer mit dem Hrn. Frig Theysen in Potsdam, Fr. Adelheid Döring mit dem Hrn. Gosh-Nagmehrdorf in Berlin, Fr. Adeline v. d. Sanden mit dem Gutsbesitzer Georg Krause in Idorn.

Verbindungen. Dr. Eduard Körner mit Fr. Hedwig Krause in Berlin, Schulrath Wilhelm Schubert in Leichen mit Fr. Clara Blume in Berlin, Assistenzarzt Dr. Dettmer mit Fr. Louise Weisk in Dresden, Landrath Frhr. Karl v. Plotzo mit Fr. Magdalene v. Berenhofst in Dessau.

Geburten. Ein Sohn dem Baumeister Adolph Scholz in Berlin, dem Regierungsrath Adolph Mey in Merseburg, dem Hof- und Domprediger Dr. Rudolph Kögel und dem Hrn. Franz Wildermann in Berlin, dem Hrn. Reinhold Nipper in Friederichshof; eine Tochter dem Hrn. Otto Venzhorn, dem Hrn. B. J. Schifjan, dem Hrn. Franz Gobau, dem Hrn. Georg Fichbach und dem Hauptmann v. Roessing in Berlin, dem Lieutenant Grindel in Glog.

Todesfälle. Buchhalter Frig Graubering, Schuhmachermeister Joh. Wilh. Hennickens, verw. Frau Wilhelmine Schurz, geb. Gerloff, Frau Marie Bornemann, geb. Gollnow, Hr. Franz Albert Theodor Denti, Tischlermeister F. Hirnhaber, Wagen-Lackmeister Karl Kattich, verw. Frau Antoinette Winkler, geb. Dreyler, und Frau Louise Sidorow, geb. Burthardt in Berlin, verw. Frau Polizey-Kommissarius W Brenemann, geb. Matthea in Magdeburg, verw. Frau General-Wrt Jenny Sommer, geb. Nicaeus in Gorkis, Förster a. D. Köhne-mann in Soachimetal, Frau Louise Schreiber,

geb. Bohm in Falkenhausen, Frau Adrokat Wilhelmine Kahle, geb. Ewerenz in Parchim, Stiftdame Fr. Minna v. d. Seyde in Kolberg, Oberstlieutenant a. D. Ferdinand Horpe in Landsberg a. W., Landrath Grasse in Paderborn, Frau Henriette Wilhelmine Braun, geborene Meyer, in Rheinsberg, Assistent Inspektor Ferdinand Schulze, Tischlermeister Frhr. Jhn. Fel. Albertine Busse, Frau Friederike Arendt, geb. Wolff, Frau Christiane Raeb, geb. Rüböl, Fr. Josephine Spiro, Frau Auguste Jordan, geb. Wuerst, und Frau Christiane Hoff, geb. Barnack, in Berlin, Mch.-händler Karl Matzfach in Charlottenburg, Rentier Johann Gottfried Wittig in Sagan, Gutspächter Ludwig Spemann in Streckenfee, verw. Frau Ploviants-Kontrollleur Frensch, geb. Bisse in Karben, Pastor emer. Dr. Bernhard Albert Eppelmann in Wittenberg, verw. Frau Generalarzt Jenny Sommer, geb. Nicaeus in Gorkis, Rittergutsbesitzer Gustav Lohbede auf Marienborn in Braunschweig.

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 18. März. Zweites Gastspiel des Hofchauspielers Herrn Ferdinand Dessoir. Rosenmüller und Finte, oder: Abgemacht. Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. C. Löffler.

Sonnabend den 19. März. Zum dritten Male: Vorführung der Prof. Faberschen Sprechmaschine, eine aus Holz u. Kaufguth nach dem anatomischen System gebaute Sprechmaschine. - Dazu: Der Waffenschmied von Worms. Komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.

Saison-Theater in Posen.

Freitag den 18. März. Der Schauspiel-Direktor. Komische Operette in 1 Akt, neu bearbeitet von L. Schneider, Musik von W. A. Mozart. - Zum Schluss: Des Friseurs letztes Stündlein. - Nach dem 1. Stück um zweiten Male: Vorführung der Prof. Faberschen Sprechmaschine.

Volksgarten-Saal.

Heute Freitag den 18. März großes Konzert u. Vorführung der Steh'nchen Wandelbilder.

Entrée an der Kasse 5 Sgr. Tagesbillets 3 Sgr. - Anfang 7 Uhr. Emil Twobber.

Conferences littéraires par Mr. Argot

dimanche le 20 mars 1870 de 4 à 5 heures dans la Salle de Mr. Falk (Ritterstraße Nr. 12) Billets à 10 sgr. dans la librairie de Mr. Zupański.

Café Bellevue-Salon.

Jeden Abend um 1/28 Uhr Gesangconcert.

Sonnabend den 19. d. M. zum Abendort Gisbeine bei F. Herbig, Berlinerstr. 27. Morgen Sonnabend den 18. d. Markt bei Volkmann, Wronkerstr. 17.

Sonnabend den 19. März zum Abendort Gisbeine und Föhelungen bei A. Romanowski, St. Martin 69.

Volks-Halle.

Sonnabend den 19. Gisbeine. H. Specht, Gr. Ritterstr. 10.

Ein- und Doppelt Posener Bier, sowie Gräher März-Bier in ganzen und halben Flaschen empfiehlt A. Romanowski, St. Martin 69.

Scheibler's Kochbuch

mit vielen Abbildungen, seit langen Jahren als das beste anerkannt, sei jeder Hausfrau empfohlen. 18. Auflage. Vorräthig in jeder Buchhandlung. - Preis 1 Thlr. Geb. 1/4 Thlr. Leipzig. Amelangs Verlag.

Körnen-Telegramme.

Berlin, den 18. März 1870. (Wolff's telegr. Bureau.)

Table with 4 columns: Roggen, höher., April-Mai, Juni-Juli, Panall.; Roggen, niedriger., April-Mai, Juni-Juli, Panall.; Spiritus, anmirt., April-Mai, Juni-Juli, Panall.; Rüböl, behauptet., April-Mai, Juni-Juli, Panall.

Stettin, den 18. März 1870. (Maruse & Maass.)

Table with 4 columns: Weizen, All., Frühjahr, Mai-Juni, Juni-Juli; Roggen, befestigend., Frühjahr, Mai-Juni, Juni-Juli; Spiritus, anmirt., Frühjahr, Mai-Juni, Juni-Juli; Rüböl, matter., April-Mai, Juni-Juli, Sept.-Okt.

Börse zu Posen

am 18. März 1870. Fonds. Posener 3 1/2%, alte Pfandbriefe -, do. 4%, neue do. 5 1/2%, do. Rentenbriefe 8 1/2% Br., poln. Banknoten 7 1/2% Bd.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. März 4 1/2, Frühjahr 4 1/2, April-Mai 4 1/2-4 1/2, Mai-Juni 4 1/2-4 1/2, Juni-Juli 4 1/2.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Koh) geländigt 6000 Quart. pr. März 14 1/2, April 14 1/2, Mai 14 1/2, Juni 14 1/2, Juli 15 1/2, August 15 1/2. Solo-Spiritus (ohne Koh) 14 1/2.

Fonds. [Privatbericht.] 3 1/2% Preuß. Staatsanleihe 79 Br., 4% Pos. Pfandbr. 81 1/2 Bd., 3 1/2% do. -, 4% Pos. Rentenbr. 84 Br., 4 1/2% do. Prov.-Bant -, 4% do. Realcredit -, 5% do. Stadt-Oblig., 4% Märk.-Pos. Stammaktien 58 1/2 Br., 4% Berlin-Obrl. do. -, 5% Ital. Anleihe 55 1/2 Bd., 6% Amerikan. do. (de 1862) 96 1/2 Br., 5% Türkl. do. (de 1865) 45 1/2 Bd., 5% Oester.-franz. Staatsbahn -, 5% do. Südbahn (Lomb.) -, 7 1/2% Rumän. Eisen.-Anl. 72 1/2 Br.

[Privatbericht.] Wetter: schön. Roggen: flau. pr. März 4 1/2 Bd., Frühjahr 4 1/2 Bd. u. Br., April-Mai 4 1/2 Bd. u. Bd., Mai-Juni 4 1/2 Bd. u. Br., Juni-Juli 4 1/2 Bd. u. Br.

Spiritus: fest. Geländigt 6000 Quart. pr. März 14 1/2 Bd., April 14 1/2 Bd. u. Br., April-Mai 14 1/2 Bd., Mai 14 1/2 Br., 14 1/2 Bd., Juni 14 1/2 Bd. u. Bd., Juli 15 1/2 Br., Aug. 15 1/2 Br., 15 1/2 Bd. Solo ohne Koh 14 1/2 Bd.

Berlin, 17. März. Die Marktpreise des Kartoffel-Spiritus, per 8000 % nach Tralles, frei hier ins Haus geliefert, waren auf hiefigem Plage am

Table with 2 columns: 11. März 1870, 12., 13., 14., 15., 16., 17. and corresponding prices for Spiritus.

Die Keltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Berlin, 17. März. Wind: SSO. Barometer: 27.0. Thermometer: 8.0 +. Witterung: Regen. - Roggen hat an heutigem Markte ferneren

Rücktritt im Werthe gemacht. Das Geschäft entwickelte sich gleich Anfangs ziemlich reger, da es an Käufern zu den ermäßigten Preisen nicht fehlte. Solo war heute etwas mehr Waare angeboten und verkaufte sich biquem zu festen Preisen. - Roggen mehr im Werthe behauptet Geländigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 3 Rt 8 Sgr. - Weizen wurde durch fortgesetzte Realisationsverkäufe unter Druck erhalten. - Hafer Solo matt trotz wintere reichlicher Offerten Termine ziemlich unverändert. - Rüböl flau und besonders nahe Lieferung merklich billiger verkauft. - Spiritus in fester Haltung. Verkäufer konnten von Neuem kleine Vorthelle erringen. - Weizen Solo pr. 2010 Pfd. 48-63 Rt nach Qualität, pr. 2000 Pfd. per diesen Monat -, April-Mai 57 1/2 a 57 1/2 Rt. Bd., Mai-Juni 58 1/2 a 58 1/2 Bd., Juni-Juli 59 1/2 a 59 1/2 Bd., Juli-August 60 1/2 Bd. - Roggen Solo pr. 2000 Pfd. 45 a 45 1/2 Rt. nach Qual., per diesen Monat -, April-Mai 43 1/2 a 43 1/2 Bd., Mai-Juni 44 a 43 1/2 Bd., Juni-Juli 45 a 47 1/2 Bd., Juli-August 46 1/2 a 45 1/2 Bd. - Gerste Solo pr. 1750 Pfd. 30-44 Rt. nach Qual. - Hafer Solo pr. 1200 Pfd. 22-27 Rt. nach Qual., per diesen Monat -, April-Mai 21 1/2 a 24 1/2 Bd., Mai-Juni 25 1/2 Bd., Juni-Juli 26 1/2 Bd., Juli-August 26 1/2 Bd. - Erbfein pr. 2250 Pfd. Rogwaare 50-55 Rt nach Qual. Futterwaare 42-46 Rt. nach Qualität. - Reinöl Solo 12 Rt. - Rüböl Solo pr. 100 Pfd. ohne Koh 13 1/2 Rt. Bd., flüssiges 13 1/2 Rt., per diesen Monat 13 1/2 Rt., März-April 12, April-Mai 13 1/2 a 13 1/2 Bd., Mai-Juni 13 1/2 a 11 1/2 Bd., Juni-Juli 13 1/2 Bd., Juli-Aug. 12 1/2 Rt., Sept.-Okt. 12 1/2 a 13 1/2 Bd. - Petroleum raffia (Standard white) pr. Ctr. mit Koh: Solo 8 1/2 Rt., per diesen Monat 8 Rt., April-Mai 7 1/2 Rt., Sept.-Okt. 7 1/2 Rt. Br. - Spiritus pr. 8000% Solo ohne Koh 14 1/2 Rt. Bd., Solo mit Koh -, per diesen Monat 15 1/2 Rt. Bd., Br. u. Bd., März-April do, April-Mai 15 1/2 a 15 1/2 Bd. u. Br., 15 1/2 Bd., Mai-Juni 15 1/2 a 15 1/2 Bd. u. Br., 15 1/2 Bd., Juni-Juli 15 1/2 a 15 1/2 Bd. u. Br., 15 1/2 Bd., Juli-August 15 1/2 Bd., Aug.-Sept. 16 a 15 1/2 Bd. - Wehl. Weizenmehl Nr. 0 4-3 1/2 Rt., Nr. 0 u 1 3 1/2-3 1/2 Rt., Roggenmehl Nr. 0 3 1/2 Rt., Nr. 0 u 1 3 1/2-3 Rt. pr. Ctr. unverkeuert expl. Sad. - Roggenmehl Nr. 0 u 1 pr. Ctr. unverkeuert inkl. Sad; per diesen Monat 3 Rt 8 Sgr. Br., März-April 3 Rt. 6 1/2 Sgr. Bd., April-Mai 3 Rt. 5 1/2 Sgr. Bd. u. Br., Mai-Juni 3 Rt. 6 Sgr. Bd. u. Br., Juni-Juli 3 Rt. 7 1/2 Sgr. Br. (R. D.)

Stettin, 17. März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: trübe, leichter Schneefall. + 1.0 R, Morgens - 3.0 R. Barometer: 28. 2. Wind: S. Weizen etwas niedriger, p. 2125 Pfd. Solo geringer gelber 60 1/2-63 1/2 Rt.

